

Geschäftsbericht 2023/2024



Bericht über das Geschäftsjahr 2023/2024

1. April 2023 bis 31. März 2024



INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstandes	04
Bericht des Beirates	06
Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers	09
Lagebericht	15
Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen	15
2. Geschäftsverlauf 2023/2024	18
3. Rechtliche Verhältnisse	27
4. Vermögenslage	28
5. Finanzlage	30
6. Ertragslage	34
7. Risiken und Chancen	37
8. Prognosebericht	41
Jahresabschluss 2023/2024	47
Bilanz zum 31. März 2024	48
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	51
Anhang zum Jahresabschluss	53
1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	53
2. Erläuterungen zur Bilanz	57
3. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	64
Sonstige Angaben	68
5. Soll-Ist-Vergleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung	69
6. Finanzplan und Kapitalflussrechnung	71
7. Organe und Ausschüsse	73
Anlage 1 Finanzplan und Kapitalflussrechnung	77
Anlage 2 Anlagenspiegel	78
Abkürzungsverzeichnis	80

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch im zurückliegenden Geschäftsjahr 2023/2024 hat der Erdölbevorratungsverband seinen gesetzlichen Auftrag vollumfänglich erfüllt.

Geopolitische Krisen wie der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und Konflikte im Nahen Osten betonen die herausragende Bedeutung einer sicheren und verlässlichen Energieversorgung in allen Bereichen der Gesellschaft.

Das vergangene Geschäftsjahr war geprägt durch die Umstellung von Versorgungs-strömen als Folge der wirtschaftlichen Sanktionen der EU und Deutschlands gegen Russland.

Zum Ende des Geschäftsjahres am 31. März 2024 wurden Vorräte an Erdöl und an Erdölerzeugnissen in Höhe von 21,0 Mio. t Rohöläquivalent gehalten. Die Überdeckung betrug 4,8 %.

Die bestehende Überdeckung, die sich durch den Rückgang der Bevorratungspflicht ab dem 1. Juli 2024 noch erhöhen wird, wird im Laufe der nächsten Monate durch Veräußerung von insbesondere unterirdisch gelagerter Eigentumsbestände deutlich reduziert werden.

Der Austausch von gefärbtem Heizöl auf den neuen Markierstoff wurde in Zusammenarbeit mit den Partnern erfolgreich im Berichtsjahr abgeschlossen.

Die jährliche Ausschreibung von Tankraum und Delegationen im August 2023 führte zu einem ausreichenden Angebot an Tankraumvolumen.

Der vom Beirat beschlossene Ausbau des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen wird mit der Solung einer vierten Kaverne planmäßig fortgesetzt.

Im Krisenfall muss der Erdölbevorratungsverband stets handlungsbereit sein. Dies wird unter anderem durch regelmäßige Übungen sichergestellt. Eine solche Freigabeübung führte der Erdölbevorratungsverband zuletzt im November 2023 durch. Alle Abläufe und Systeme funktionierten einwandfrei, so dass wir für eine mögliche Freigabe jederzeit gut vorbereitet sind.

VORWORT DES VORSTANDES

ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND | GESCHÄFTSBERICHT 2023 / 2024

Darüber hinaus fand im Januar 2024 eine Übung der Koordinierungsgruppe Versorgung (KGV) im Rahmen der Deutschen NESO statt. Die KGV besteht aus Versorgungsexperten von Unternehmen aus der Mineralölindustrie, dem Mineralölhandel und der Tanklagerwirtschaft. Sie ist ein Beratungsgremium für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Im Rahmen von zwei unterschiedlichen Szenarien wurden an zwei Tagen Krisenbegegnungsmaßnahmen bei einer sehr schweren Versorgungskrise diskutiert.

Zu den Bevorratungseinrichtungen anderer Staaten und zur Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris unterhalten wir weiterhin sehr gute Kontakte.

Im Namen des Erdölbevorratungsverbandes bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit vor allem bei den Mitgliedsunternehmen, den Lagerhaltern, den Kreditinstituten und den Versicherern sowie bei allen Unternehmen, Organisationen und Verbänden, die zur erfolgreichen Durchführung unserer Aufgaben beigetragen haben.

Unser Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großem Engagement ihren Beitrag zum gemeinsamen Erfolg geleistet haben.

Mit freundlichen Grüßen

Britta Timm

Dr. Dirk Sommer

Bericht des Beirates

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Beirat hat sich im Berichtszeitraum regelmäßig über die Tätigkeit des Erdölbevorratungsverbandes durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstandes unterrichtet und die Tätigkeit des Vorstandes überwacht. Darüber hinaus wurden der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Beirates vom Vorstand regelmäßig über die wesentliche Geschäftsentwicklung informiert.

Der Beirat kam im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sitzungen zusammen. Dabei befasste er sich vor allem mit der Bestandshaltung (insbesondere der Vorratspflicht und Deckung sowie der unterirdischen Lagerung und der Tankraumbeschaffung) und den Lagereinrichtungen inklusive der Erweiterung des Kavernenspeichers in Wilhelmshaven-Rüstringen.

Auch die mögliche Nachnutzung von Kavernen, die vom Erdölbevorratungsverband künftig wegen der rückläufigen Vorratspflicht für eine Mineralölbevorratung nicht mehr benötigt werden, war Gegenstand der Beratungen. Diese beinhalteten auch Fragen einer Lagerung von anderen Energieträgern wie Wasserstoff durch Dritte im Rahmen eines hybriden Betriebes der Kavernenspeicher.

Darüber hinaus befasste sich der Beirat mit dem Risikomanagement, mit Organisationsund Personalangelegenheiten, der Feststellung des Wirtschaftsplans 2024/2025 einschließlich des Beitragssatzes ab dem 1. April 2024 sowie mit dem Jahresabschluss 2022/2023 und der Bestellung des Jahresabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2023/2024.

Beschlüsse des Beirates wurden bei Bedarf durch Empfehlungen der zuständigen Ausschüsse unterstützt.

Das Geschäftsjahr war insbesondere geprägt von den Auswirkungen der EU-Sanktionen gegen Russland, welche zu Veränderungen der Versorgungsströme mit Erdöl und Erdölerzeugnissen geführt haben. Den Herausforderungen der Transformation der Märkte unter dem Einfluss geopolitischer Krisen, struktureller Veränderungen sowie der Energiewende hat sich der Erdölbevorratungsverband erfolgreich gestellt und seine Aufgaben und Pflichten vollumfänglich erfüllt.

In der personellen Zusammensetzung des Beirates gab es im Berichtszeitraum folgende Veränderungen:

BERICHT DES BEIRATES

Im Berichtsjahr schieden Herr Patrick Wendeler, der dem Beirat seit November 2022 angehörte und während dieser Zeit die Aufgabe des stellvertretenden Beiratsvorsitzenden wahrgenommen hatte und die Beiratsmitglieder Herr Ministerialdirigent Ulrich Benterbusch, seinerzeit entsandt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, und Herr Ministerialrat Frank Limberg aus dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, der dem Beirat zunächst drei Jahre lang als stellvertretendes Mitglied und die letzten drei Jahre als dessen Mitglied angehört hat, aus. Ferner schieden die stellvertretenden Beiratsmitglieder Herr Ministerialrat Stefan Rolle, entsandt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, der dem Beirat rund neun Jahre angehört hat, Herr Carsten Eggert, der dem Beirat rund 15 Jahre angehört hat, Frau Regierungsdirektorin Annette Bender, entsandt vom Bundesministerium der Finanzen, und Herr Christian Howe aus dem Beirat aus.

Der Beirat dankt den Ausgeschiedenen für ihre engagierte und teils sehr langjährige Mitarbeit im Beirat des Erdölbevorratungsverbandes und wünscht ihnen alles Gute.

Von der Mitgliederversammlung am 30. November 2023 wurde die Neuwahl der wählbaren Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder zum Beirat vorgenommen.

Zu Mitgliedern des Beirates wurden Herr Niels Anspach, Herr Volker Ebeling, Frau Dr. Annette Flormann-Pfaff, Herr Michael Liekens, Frau Christiane Roth sowie Frau Sonja Wiechert von der Mitgliederversammlung gewählt.

Zu stellvertretenden Mitgliedern des Beirates wurden Herr Frank-Michael Biel, Herr Marc Deisenhofer, Herr Duraid El Obeid, Herr Dr. Stefan Hölbfer, Frau Irja Anna Lorenz sowie Herr Ian Petri gewählt. Der Beirat wählte sodann den Unterzeichner zum neuen Vorsitzenden und Herrn Niels Anspach zum stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat Frau Ministerialdirigentin Ursula Borak als Mitglied sowie Herrn Ministerialrat Frank Bonaldo als stellvertretendes Mitglied des Beirates entsandt. Das Bundesministerium der Finanzen hat Herrn Ministerialdirigent Thomas Köhler als Mitglied und Frau Regierungsdirektorin Dr. Susanne Neheider als neues stellvertretendes Mitglied des Beirates entsandt.

Vom Bundesrat wurde aus dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft Frau Regierungsrätin Heike Albrecht als Mitglied und aus dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg Herr Gregor Gimpl als stellvertretendes Mitglied des Beirates entsandt.

BERICHT DES BEIRATES

Die vom Beirat am 15. September 2023 als Jahresabschlussprüfer bestellte Bietergemeinschaft ESC Wirtschaftsprüfung GmbH und CFH Cordes + Partner Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht des Erdölbevorratungsverbandes für das Geschäftsjahr 2023/2024 (1. April 2023 bis 31. März 2024) geprüft.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechen nach der pflichtgemäßen Prüfung dem § 29 Absatz 1 Erdölbevorratungsgesetz und den ergänzenden Regelungen des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Den Jahresabschluss 2023/2024 hat der Beirat in seiner Sitzung am 13. September 2024 geprüft und ebenfalls keine Einwendungen erhoben. Er empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss unverändert festzustellen.

Der Beirat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Erdölbevorratungsverbandes für ihre Tätigkeit im zurückliegenden Geschäftsjahr und empfiehlt der Mitgliederversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Ebeling

Vorsitzender des Beirates

Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

An den Erdölbevorratungsverband Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 sowie dem Anhang, ein schließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Erdölbevorratungsverband KdöR, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen (ErdölBevG) sowie den ergänzenden Bestimmungen des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Körperschaft zum 31. März 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat. Wir weisen jedoch - ohne das Urteil einzuschränken - darauf hin, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht unter Einhaltung des Erdölbevorratungsgesetzes sowie des Finanzstatuts, welches auf die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze hinweist, aufgestellt wurden. Damit liegt nicht immer zwingend eine Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Rechnungslegungsgrundsätzen vor.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Prüfungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften des § 29 Abs. 1 des Erdölbevorratungsgesetzes sowie den ergänzenden Bestimmungen des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Körperschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen(d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigung) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Körperschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der

zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Sinne des Erdölbevorratungsgesetzes ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Prüfungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern auf der Grundlage des Erdölbevorratungsgesetzes sowie des Finanzstatuts, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte

Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Körperschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben. Diese Beurteilung erfolgt ausschließlich auf der Grundlage des ErdölBevG.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Körperschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Prüfungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Prüfungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Körperschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, den 05. Juli 2024

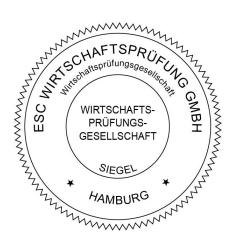
Bietergemeinschaft bestehend aus der CFH Cordes + Partner Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte, Hamburg, und der ESC Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg

Michael Kapitza

Wirtschaftsprüfer

Beatrix Arlitt

Wirtschaftsprüferin



Siegel-Nr.: 35/2024

LAGEBERICHT

ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND | GESCHÄFTSBERICHT 2023/2024

Lagebericht

für das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024

1. Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

1.1. Struktur und Aufgaben

Der Erdölbevorratungsverband ist eine bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts auf der Grundlage des Erdölbevorratungsgesetzes (ErdölBevG).

Der Erdölbevorratungsverband ist mitgliedschaftlich organisiert. Mitglied ist, wer in der Europäischen Union, der Schweiz oder in Norwegen ansässig ist und gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Ottokraftstoff, Dieselkraftstoff, Heizöl Extra Leicht oder Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1 in die Bundesrepublik Deutschland einführt oder hier für eigene Rechnung herstellt oder herstellen lässt. Die Mitglieder zahlen auf diese eingeführten oder hergestellten Mengen Pflichtbeiträge.

Die gesetzliche Aufgabe und somit geschäftliche Tätigkeit besteht darin, Vorräte an Erdöl (Rohöl) und Erdölerzeugnissen zur Sicherung der Energieversorgung nach Maßgabe des ErdölBevG zu halten und diese im Falle einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verordneten Freigabe vorrangig den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

In seiner Wirtschaftsführung ist der Erdölbevorratungsverband weitgehend selbständig und führt ein kaufmännisches Rechnungswesen gemäß handelsrechtlichen Grundsätzen. Einzelheiten regelt das Finanzstatut des Erdölbevorratungsverbandes.

Organe des Verbandes sind die Mitgliederversammlung, der Beirat und der Vorstand. Zusammensetzung und Aufgaben der Organe richten sich nach dem ErdölBevG und der Satzung des Erdölbevorratungsverbandes.

Der Erdölbevorratungsverband unterliegt der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Die Bevorratungspflicht umfasst gemäß den gesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich die während der letzten drei Kalenderjahre durchschnittlich im Laufe von 90 Tagen in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Mengen an Erdöl (Rohöl) und bestimmten Erdölerzeugnissen.

Die vom Erdölbevorratungsverband gehaltenen Vorräte werden oberirdisch in Tanklägern und unterirdisch in Kavernen gelagert. Bei der Lagerung der Erdölerzeugnisse wird auf eine regional ausgewogene Verteilung geachtet. Die Bestände an Rohöl werden im Wesentlichen an sieben Kavernenstandorten gehalten.

Die notwendigen Tankraumkapazitäten werden fast ausschließlich von Dritten unter Vertrag genommen, während die unterirdische Lagerung zu großen Teilen in eigenen Kavernen durchgeführt wird.

Während die Anschaffung von Beständen und Lagereinrichtungen im Wesentlichen durch Kredite finanziert werden kann, werden die Beiträge der Mitglieder zur Erfüllung der operativen Verbandsaufgaben sowie zur Deckung der Fremdkapitalzinsen verwendet. Die Höhe des Beitragssatzes wird vor Beginn eines Geschäftsjahres unter Berücksichtigung des im kommenden Geschäftsjahr zu erwartenden Mittelbedarfs einheitlich für alle Mitglieder und Erdölerzeugnisse festgelegt.

Aufgrund der Bestimmungen des ErdölBevG kann der Verband nur durch Gesetz aufgelöst werden. Für diesen Fall übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die bei Auflösung noch bestehenden Verbindlichkeiten. Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Verbandes ist gesetzlich ausgeschlossen.

1.2. Bevorratungspflicht

Das ErdölBevG sieht eine Bevorratungspflicht und deren Deckung in Rohöläquivalenten (COE) vor.

Die Bevorratungspflicht kann sowohl durch Eigentumsbestände an Erdöl, Ottokraftstoff, Dieselkraftstoff, Heizöl Extra Leicht und Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1 als auch durch Delegationen erfüllt werden. Bei Delegationen handelt es sich um Verträge mit Mitgliedsunternehmen oder Dritten, die diese verpflichten, Bestände zur ausschließlichen Verfügung des Erdölbevorratungsverbandes vorzuhalten.

Die Bevorratungspflicht wird vorrangig durch physisch vorhandene Mineralölvorräte erfüllt, die im Hinblick auf die gesetzliche Anrechenbarkeit auf die Pflichtbevorratung in Rohöläquivalente umgerechnet werden.

Bei der Ermittlung der Bevorratungspflicht in Rohöläquivalenten wird bei den Nettoimporten von Rohöl ein Mengenabzug für Naphtha und bei den Nettoimporten von Erdölerzeugnissen ein rechnerischer Zuschlag zum Ausgleich des zur Herstellung von Produkten anfallenden Eigenverbrauches in Raffinerien in Ansatz gebracht.

Bei den bevorrateten Rohölen werden vier Prozent abgezogen, während die Produkte mit dem Faktor 1,2 gewichtet werden. Von der Summe dieser auf die Bevorratungspflicht angerechneten Vorratsmengen werden abschließend zehn Prozent nach den gesetzlichen Bestimmungen abgezogen.

LAGEBERICHT

1.3. Mineralölkonsum

Nach den Mineralöldaten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist der Verbrauch von Mineralölerzeugnissen in 2023 in Höhe von 88,4 Mio. t im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 % gesunken.

Der Verbrauch der vom Erdölbevorratungsverband zu bevorratenden Erdölerzeugnisse ist im Kalenderjahr 2023 gegenüber 2022 jedoch nur um 1,5 % zurückgegangen. Während beim Konsum von Ottokraftstoff (+2,5 %) und beim Flugturbinenkraftstoff JET A-1 (+4,3 %) Konsumzuwächse zu verzeichnen waren, waren die Verbräuche bei Dieselkraftstoff (-3,6 %) und beim Heizöl Extra Leicht (-5,3 %) rückläufig.

2. Geschäftsverlauf 2023/2024

2.1. Logistik und Bestände

2.1.1. Entwicklung der Bevorratungspflicht

Die Bevorratungspflicht ergibt sich aus den Vorschriften des § 3 Abs. 1 ErdölBevG.

Die Höhe der Bevorratungspflicht gilt jeweils vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des Folgejahres und wird bis zum Ende des Monates März durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitgeteilt.

Für den Zeitraum bis zum 30. Juni 2023 galt eine Bevorratungspflicht in Höhe von 20,7 Mio. t COE. Dieser Bevorratungspflicht lagen die in Rohöläquivalenten bewerteten Durchschnittsnettoeinfuhren an Erdöl und Erdölerzeugnissen für 90 Tage der Kalenderjahre 2019 bis 2021 zugrunde.

Für den Zeitraum ab dem 1. Juli 2023 wurde durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eine Bevorratungspflicht in Höhe von 20,1 Mio. t COE bekanntgegeben. Der Ermittlung dieser Vorratspflicht liegen die in Rohöläquivalenten bewerteten Durchschnittsnettoeinfuhren an Erdöl und Erdölerzeugnissen für 90 Tage der Kalenderjahre 2020 bis 2022 zugrunde. Der Regelung des § 3 Abs. 2 ErdölBevG entsprechend wurden der Bevorratungspflicht die für 90 Tage ermittelten täglichen Durchschnittsnettoreinfuhren des Kalenderjahres 2022 zugrunde gelegt, da diese höher waren als die täglichen Durchschnittsnettoreinfuhren der letzten vor dem Bevorratungszeitraum liegenden drei Kalenderjahre.

Zusammengefasst hat sich die Bevorratungspflicht wie folgt entwickelt:

bis 30. Juni 2023 in Tsd. t COE	ab 1. Juli 2023	Erhöhung (+) Verminderung (-) in Tsd. t COE
20.656	20.071	- 585

2.1.2. Entwicklung der Bestandshaltung

Die operative Deckung der Bevorratungspflicht belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 21,0 Mio. t COE.

Zum Ende des Geschäftsjahres ergab sich eine Überdeckung von 4,8 %.

	Rohöl- äquivalent	Rohöl	Produkte
	t	t	t
Eigentumsmengen		13.117.484	8.569.101
Delegationsmengen		300.441	179.387
		13.417.925	8.748.488
Abzug 4 %		536.717	
Zuschlag 20 %			1.749.698
anrechenbarer Bestand	23.379.394	12.881.208	10.498.186
Abzug 10 %	2.337.939		
Deckung 31.03.2024	21.041.455		
Bevorratungspflicht ab dem 01.07.2023	20.071.000		
Überdeckung in %	970.455 4,8		

Die Produkt-/Rohölanteile an der Deckung haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

Produkt-/Rohölanteile	31.03.2024	31.03.2023
	in %	in %
Produkte	47,1	48,2
Rohöl	57,7	58,5
Deckung	104,8	106,7

Zum Ende des Geschäftsjahres 2023/2024 beliefen sich die Produkte auf insgesamt 9,4 Mio. t COE und Rohöl auf 11,6 Mio. t COE. Die Zusammensetzung der Erzeugnisstruktur der Vorräte wird dem Konsumverlauf entsprechend kontinuierlich angepasst.

2.1.3. Verteilungsgrundsätze im Krisenfall

Die Freigabe von Vorräten im Krisenfall wird gemäß § 12 ErdölBevG vorrangig an die Mitgliedsunternehmen entsprechend ihrem Beitragsanteil am gesamten Beitragsaufkommen vorgenommen. Die Versorgung der Verbraucher wird im Rahmen der Logistik der Mineral-ölwirtschaft sichergestellt, sodass im Freigabefall bestehende Versorgungsstrukturen soweit wie möglich genutzt werden können.

2.1.4. Ausschreibung zum Abschluss von Tankraum- und Delegationsverträgen

Lager- und Delegationsverträge wurden unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bevorratungspflicht in einem Vergabeverfahren öffentlich ausgeschrieben.

Für den Vertragsbeginn am 1. April 2024 wurden 3,4 Mio. cbm kontrahiert.

2.1.5. Kontrolle der Vertragserfüllung

Die Durchführung von Außenprüfungen verlief im abgelaufenen Geschäftsjahr ohne Beschränkungen. Im Berichtsjahr 2023/2024 konnte die Erfüllung der Vertragsverpflichtungen in 124 Vertragstanklagern überprüft werden.

Dabei wurde die Einhaltung von 481 Lager- und einem Delegationsvertrag kontrolliert. Aufgrund von Bestandsunregelmäßigkeiten wurden in fünf Fällen Beanstandungen ausgesprochen. Gemeldete Tagesdelegationen waren in zwei Fällen nicht vollständig abgedeckt.

2.1.6. Regionale Verteilung

Nach einem Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Erdölbevorratung aus dem Jahr 2012 sind jeweils mindestens 15 Verbrauchstage sofort zugreifbarer Bestände an Otto-kraftstoff einerseits sowie an Dieselkraftstoff und Heizöl Extra Leicht andererseits in fünf definierten Versorgungsbereichen, die im Wesentlichen dem logistischen Umfeld der Raffineriezentren entsprechen, oberirdisch vorzuhalten.

Die regionale Verteilung der oberirdisch und unterirdisch gelagerten Vorräte und der Delegationsmengen zum 31. März 2024 stellte sich in den Bundesländern wie folgt dar:

	Ottokraftstoff Tsd. t	Mitteldestillate Tsd. t	Erdöl Tsd. t	Gesamt Tsd. t
Schleswig-Holstein	107	641	634	1.382
Hamburg	22	133	0	155
Niedersachsen	533	164	10.790	11.487
Bremen	10	1.149	0	1.159
Nordrhein-Westfalen	133	1.327	1.488	2.948
Hessen	114	241	0	355
Rheinland-Pfalz	55	416	0	471
Saarland	0	0	0	C
Baden-Württemberg	121	839	137	1.097
Bayern	123	676	80	879
Mecklenburg-Vorpommern	8	81	0	89
Sachsen-Anhalt	25	38	64	127
Berlin	64	387	0	451
Brandenburg	40	122	100	262
Thüringen	174	155	0	329
Sachsen	70	75	0	145
Inland	1.599	6.444	13.293	21.336
Ausland	0	707	125	832
Gesamt	1,599	7.151	13.418	22.168

Die Vorräte sind den tatsächlichen Lagerorten zugeordnet, ohne logistische Anbindungen zu berücksichtigen.

2.1.7. Qualitätssicherung

Der Erdölbevorratungsverband überwacht die Qualität der in gesonderter Lagerung eingelagerten Erdölerzeugnisse durch Entnahme von Proben, deren Analyse und durch die anschließende Auswertung der so gewonnenen Daten.

Die im Geschäftsjahr durchgeführten Qualitätskontrollen der langzeitgelagerten Erdölerzeugnisse zeigen, dass das Qualitätssicherungssystem "ProQuality" die Erwartungen weiterhin umfassend erfüllt. Mit den in einer Datenbank hinterlegten langjährigen Analysen, insbesondere aus gesonderter Lagerung, führt das Programm zu einer hinreichend zuverlässigen Vorhersage über die langfristige Lagerungsstabilität von Mineralölprodukten. Dies trägt zur stets spezifikationsgerechten Auslieferungsfähigkeit bei und gibt Indikationen für den idealen Zeitpunkt eines Austausches der Ware. Zur Erfüllung dieser Qualitätssicherung wird eng mit renommierten Laboren im In- und Ausland zusammengearbeitet.

In Kooperation mit externen IT-Dienstleistern wird an einer Neuentwicklung von "ProQuality" gearbeitet. Dabei bindet der EBV andere europäische Bevorratungsorganisationen und analytische Forschungseinrichtungen mit ein, um neue Methoden der Datenanalyse und Erkenntnisse über die aktuelle Kraftstoffzusammensetzung zu implementieren. Hierzu werden auch mathematische Programme wie "MATLAB" für die Auswertung und Visualisierung des umfangreichen Datensatzes von "ProQuality" eingesetzt.

Die kontinuierlich durchgeführten Probennahmen und Analysen der in den Salzkavernen langzeitgelagerten Rohöle haben auch im Berichtszeitraum keine Hinweise auf die Beeinträchtigung der Qualität durch die Bildung von Sediment oder Ölschlamm ergeben. Umlagerungen von Rohölen und Veräußerungen von Beständen wurden durch Probennahmen qualitativ umfangreich überwacht.

Bei gemeinschaftlicher Lagerung obliegt die Sicherstellung einer spezifikationsgerechten Qualität der Erdölerzeugnisse während der Vertragsdauer dem Lagerhalter.

2.1.8. Kavernenbetrieb

In den Kavernenspeichern in Wilhelmshaven-Rüstringen, Bremen-Lesum, Sottorf und Heide lagerten zum Bilanzstichtag 31. März 2024 insgesamt 11,7 Mio. t Bestände.

Die Betriebsführung an diesen Standorten ist der NWKG übertragen.

Wesentliche Umschlagaktivitäten waren an den Standorten Wilhelmshaven-Rüstringen, Bremen-Lesum, Sottorf und Heide im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

2.2. Beiträge

2.2.1. Beitragssatz

Der am 9. Februar 2023 vom Beirat beschlossene und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen am 24. Februar 2023 genehmigte einheitliche Beitragssatz für die beitragspflichtigen Erdölerzeugnisse Ottokraftstoff, Dieselkraftstoff, Heizöl Extra Leicht und Flugturbinenkraftstoff JET A-1 betrug im Berichtsjahr unverändert 3,56 EUR/t.

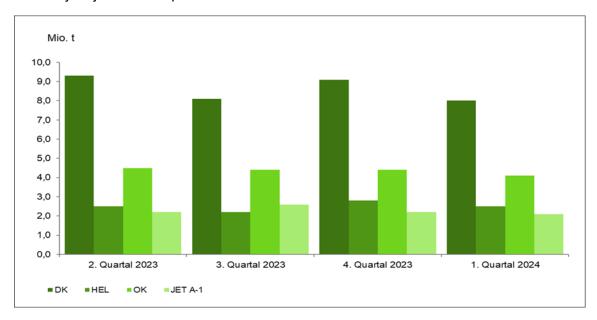
2.2.2. Beitragspflichtige Mengen

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr beliefen sich die Herstellungs- und Einfuhrmengen auf insgesamt 70,3 Mio. t. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2022/2023 verringerten sich die beitragspflichtigen Mengen um 2,9 Mio. t bzw. 4,0 %. Der Rückgang der Herstellungs- und Einfuhrmengen fällt mit 2,6 Mio. t bei Dieselkraftstoff am stärksten aus (Heizöl - 1,1 Mio. t.). Gegenläufig wirkten sich gestiegene beitragspflichtige Mengen beim Ottokraftstoff (+ 0,5 Mio. t) und beim Flugturbinenkraftstoff JET A-1 aus (+0,3 Mio. t).

Die gesamten beitragspflichtigen Mengen in Höhe von 70,3 Mio. t lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 4,6 % über dem im Wirtschaftsplan zugrunde gelegten Wert von 73,7 Mio. t.

Darin enthalten sind die von Mitgliedsfirmen gemeldeten Erstattungsmengen in Höhe von 8,0 Mio. t., die gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Mio. t niedriger ausfallen. Der Rückgang der Erstattungen beitragspflichtiger Mineralölprodukte entfällt mit 2,5 Mio. t auf Dieselkraftstoff, mit 379 Tsd. t auf Heizöl Extra Leicht, mit 420 Tsd. t. auf Ottokraftstoff sowie mit 77 Tsd. t auf Flugturbinenkraftstoff JET A-1.

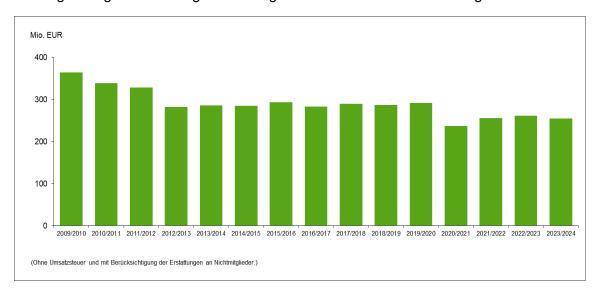
Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung der beitragspflichtigen Mengen im Berichtsjahr je Kalenderquartal:



2.2.3. Beitragsaufkommen

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen betrugen EUR 250,1 Mio. und waren um EUR 12,1 Mio. – entsprechend der Entwicklung beitragspflichtiger Mengen – bzw. 4,6 % geringer als im Wirtschaftsplan. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2022/2023 ist das Beitragsaufkommen um EUR 10,3 Mio. bzw. 4,0 % rückläufig.

Die längerfristige Entwicklung des Beitragsaufkommens stellt sich wie folgt dar:



Die Mitgliedsunternehmen kamen ihren Melde- und Beitragszahlungspflichten ganz überwiegend korrekt nach.

Gleichwohl führten Prüfungen der Importmengen in 70 Fällen zu Nachmeldungen von insgesamt EUR 7,1 Mio. und zu Erstattungen von insgesamt TEUR 181. Aus der Prüfung von Herstellungs- und Abzugsmengen resultierten in 119 Fällen Beitragsnachzahlungen in Höhe von TEUR 735.

Bei den Erstattungsanträgen der Nichtmitglieder in Höhe von EUR 23,6 Mio. gab es 56 weitergehende Überprüfungen, aufgrund derer per Saldo TEUR 329 von den Nichtmitgliedern an den Erdölbevorratungsverband zurückgezahlt wurden.

Für verspätete Zahlungen wurden Verzugszinsen in Höhe von TEUR 40 vereinnahmt. Im Berichtsjahr gab es keine insolvenzbedingten Beitragsausfälle.

2.3. Entwicklung des Anlagevermögens

Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 106,6 Mio. auf EUR 4.240,9 Mio. gesunken. Erhöhungen der Buchwerte beim Sachanlagevermögen von EUR 9,4 Mio. stehen rückläufige Buchwerte bei den Vorräten an Erdöl und Erdölerzeugnissen in Höhe von EUR 116,0 Mio. gegenüber.

Im Berichtsjahr wurden Investitionsmaßnahmen im Umfang von EUR 15,9 Mio. umgesetzt, von denen EUR 13,9 Mio. auf den Kavernenspeicher am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen entfallen. Am Standort des Kavernenspeichers Heide wurden EUR 1,1 Mio. und am Standort Lesum EUR 0,9 Mio. realisiert.

Den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bildeten mit einem Umfang von EUR 6,8 Mio. im Berichtsjahr die der Verbesserung der Sicherheit an den Lagerstandorten dienenden vier Ringraumkomplettierungen. Der Einbau einer zweiten Förderrohrtour dient der Prävention vor Umweltschäden bei Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Betriebs- und Auslagerungsbereitschaft. Dieser wird für sämtliche Kavernenstandorte mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Projektkosten für die technische Nachnutzung von Kavernen des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen sind in Höhe von EUR 1,7 Mio. angefallen, weitere EUR 1,7 Mio. betreffen den Einbau von Druckminderern zur Druckstufentrennung zwischen Kavernen und dem bestehenden Leitungssystem. In Höhe von EUR 1,5 Mio. wurden neue Kavernenköpfe mit höheren Druckstufen zur Reduzierung von Konvergenzverlusten und zur Kavernenbearbeitung unter Druck eingebaut und aktiviert. In Höhe von EUR 1,4 Mio. entfallen Investitionsausgaben auf die Solung der Kaverne K 804.

Vorratsabgänge im Gesamtumfang von EUR 119,1 Mio. entfallen in Höhe von EUR 113,6 Mio. auf Verkäufe zur Anpassung an die ab dem 1. Juli 2023 abgesenkte Bevorratungspflicht sowie in Höhe von EUR 5,5 Mio. auf Verkäufe im Rahmen der Tankraumausschreibung 2023.

Beschaffungen wurden im Zuge der Tankraumausschreibung 2022 im Gesamtwert von EUR 21,0 Mio. vorgenommen.

Im Rahmen von Frischhaltungen und Produktwälzungen ergaben sich Bestandsabgänge im Umfang von EUR 3,6 Mio. Darüber hinaus ergaben sich nach Abschluss von Handelsgeschäften Übertragungen von Unterschiedsbeträgen des Ausgleichspostens in Höhe von EUR 13,8 Mio. in die Einstandswerte der Vorräte.

Mess- und Dichteabweichungen im Rahmen der Inventur führten produktübergreifend zu Ausbuchungen im Umfang von EUR 0,3 Mio.

2.4. Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf

Während sich die Vorratspflicht gegenüber dem Vorjahr um 585 Tsd. t COE auf 20.071 Tsd. t COE verringerte, wurden die zur Erfüllung der Bevorratungspflicht zu haltenden Bestände an Mineralöl und Erdölerzeugnissen um 1.006 Tsd. t COE auf 21.041 Tsd. t COE vermindert.

Der Abbau der Deckung entfällt mit 494,3 Tsd. t COE auf Ottokraftstoff und mit 490,1 Tsd. t COE auf Erdöl. Weitere moderate Rückgänge der Deckung entfallen mit 57,1 Tsd. t COE auf Heizöl Extra Leicht und mit 13,4 Tsd. t COE auf Flugturbinenkraftstoff JET A-1. Demgegenüber stieg die Deckung bei Dieselkraftstoff um 48,6 Tsd. t COE leicht an.

Aufgrund der während des Geschäftsjahres ganzjährig gewährleisteten Erfüllung der Bevorratungspflicht konnte gegenüber dem Vorjahr die zum Bilanzstichtag bestehende Überdeckung um 421,3 Tsd. t COE auf 970 Tsd. t COE deutlich reduziert werden.

Am Ende des Geschäftsjahres ergab sich daraus ein Rückgang der Deckung von 106,7 % auf 104,8 %.

Die nach dem ErdölBevG im Umfang von 90 Tagen mindestens zu haltenden Durchschnittsnettoeinfuhren der letzten drei Kalenderjahre waren ganzjährig physisch vorhanden. Auch der gesetzlichen Verpflichtung zur regional ausgewogenen Lagerung der Produktbestände wurde während des gesamten Geschäftsjahres durchgehend Rechnung getragen.

Nach Maßgabe der Entwicklung der Bevorratungspflicht wurde der von Dritten zur Verfügung gestellte Tank- und Kavernenraum weiter reduziert.

3. Rechtliche Verhältnisse

3.1. Organe und Ausschüsse

Die Zusammensetzung und die Aufgaben der Organe richten sich nach dem ErdölBevG und der Satzung des Erdölbevorratungsverbandes.

Entsprechend der gesetzlichen Ermächtigung hat der Beirat einen Wirtschaftsausschuss und einen Bevorratungsausschuss eingerichtet, die den Beirat und den Vorstand beraten. Die Mitglieder dieser Ausschüsse werden von den Verbänden der Mineralölwirtschaft nominiert und vom Beirat berufen.

Die Zusammensetzung des Beirates, der Ausschüsse und des Vorstandes ist im Anhang zum Jahresabschluss enthalten.

3.2. Mitglieder- und Stimmrechtsverteilung

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 15 Unternehmen aus, während 15 Unternehmen neu oder erneut Mitglied wurden.

Zum Stichtag 31. März 2024 hatte der Verband 93 Mitglieder.

Nach § 17 ErdölBevG erhält jedes Mitglied zunächst eine Stimme und gegebenenfalls weitere Stimmen unter Berücksichtigung seines Anteils am Beitragsaufkommen.

Die Verteilung der Stimmen auf die Mitglieder zum 31. März 2024 stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Anzahl der Mitglieder	Stimmenverteilung	
	31.03.2024	31.03.2023
mit jeweils 1 Stimme	70	71
2 bis 5 Stimmen	9	g
6 bis 10 Stimmen	6	5
mehr als 10 Stimmen	8	8
Mitglieder gesamt	93	93
Stimmen gesamt	340	335

An der 46. Mitgliederversammlung am 30. November 2023 nahmen selbst oder durch Bevollmächtigte 37 Mitglieder mit 258 Stimmen teil (74,1 % der Gesamtstimmen).

4. Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag am 31. März 2024 betrug die Bilanzsumme EUR 5.373,5 Mio. und lag um EUR 54,2 Mio. über dem Wert des Vorjahres.

Das langfristig gebundene Vermögen verringerte sich um EUR 106,6 Mio. auf EUR 4.240,9 Mio. bzw. 78,9 % der Bilanzsumme (Vj.: 81,7 %).

Veränderungen ergaben sich insbesondere bei den um EUR 9,4 Mio. erhöhten Buchwerten der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten sowie der technischen Anlagen und Maschinen und der im Bau befindlichen Anlagen. Rückläufig gegenüber dem Vorjahr entwickelten sich die Einstandswerte der Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen, die sich um EUR 116,0 Mio. auf EUR 4.097,8 Mio. bzw. 76,3 % der Bilanzsumme (Vj.: 79,2 %) verringerten.

Das kurzfristig gebundene Vermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 160,9 Mio. auf EUR 1.132,6 Mio. bzw. 21,1 % der Bilanzsumme (Vj.: 18,3 %). Hierzu haben per Saldo insbesondere die um EUR 478,8 Mio. erhöhten Guthaben bei Kreditinstituten sowie der um EUR 317,9 Mio. gesunkene Forderungsbestand beigetragen.

Der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen geht im Wesentlichen auf den im Vorjahr realisierten Verkauf von 527,5 Tsd. cbm Rohöl in der Kavernenanlage Etzel zurück.

Die am Bilanzstichtag ausgewiesenen Guthaben bei Kreditinstituten sind in Höhe von EUR 3,7 Mio. als Sichteinlagen bei drei Geschäftsbanken sowie in Höhe von EUR 551,0 Mio. als Tagesgeld- und Termingeldanlagen bei der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH angelegt worden.

Auf der Passivseite beträgt der Anteil des mittel- und langfristig gebundenen Kapitals EUR 5.085,6 Mio. bzw. 94,6 % der Bilanzsumme. Davon entfallen EUR 2.811,2 Mio. auf das mittel- und langfristige Fremdkapital sowie EUR 2.274,4 Mio. auf Rücklageposten.

Der Ausgleichposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten verminderte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um netto EUR 42,8 Mio., im Wesentlichen durch Übertragungen in die Erträge aus Veräußerungen, durch Bestandsveränderungen und dem sich aus Produktwälzungen ergebenden Auslieferungssaldo.

LAGEBERICHT

Die Rückstellungen erhöhten sich um EUR 104,3 Mio. auf EUR 602,0 Mio. Der Anstieg entfällt mit EUR 99,9 Mio. auf Verpflichtungen zur Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern, mit EUR 5,5 Mio. auf vertragliche Verpflichtungen aus der Übernahme von Kavernen am Standort Bremen-Lesum sowie mit EUR 2,2 Mio. auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit der betrieblichen Altersversorgung. Minderungen in Höhe von insgesamt EUR 3,4 Mio. ergaben sich insbesondere durch Stilllegungskosten für Kavernen am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen.

Die Kapitalverbindlichkeiten weisen insgesamt einen Rückgang in Höhe der auf das Berichtsjahr entfallenden Tilgung in Höhe von EUR 240,0 Mio. aus.

Weitere Veränderungen beim kurzfristigen Fremdkapital betreffen im Wesentlichen andere Verbindlichkeiten, die sich um insgesamt EUR 19,9 Mio. auf EUR 61,8 Mio. erhöhten und auf Verbindlichkeiten aus der Tankraumabrechnung des Monates März 2024 beziehen, die feiertagsbedingt erst im Folgemonat fällig wurden. Darüber hinaus erhöhten sich Verbindlichkeiten aus Beiträgen, da Unternehmen Beitragserstattungsansprüche für die Ausfuhr von beitragspflichtigen Erdölerzeugnissen in größerem Umfang geltend gemacht haben.

Mit 83,4 % ist das langfristig gebundene Vermögen durch langfristig überlassenes Kapital finanziert (Vj.: 87,1 %). Die Ausgleichsrücklage umfasst zum Bilanzstichtag den durchschnittlichen Wert von 3,7 Monatsbeiträgen (Vj.: 3,4-facher Wert).

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben stehen damit als Ausgleichspotential in Form von Rücklagen 35,8 % der Bilanzsumme (Vj.: 32,0 %) zur Verfügung.

5. Finanzlage

5.1. Kapitalstruktur

Zum Bilanzstichtag verfügte der Erdölbevorratungsverband über liquide Mittel in Höhe von EUR 554,7 Mio. Diese resultieren in Höhe von EUR 191,0 Mio. aus Tagesgeldanlagen und in Höhe von EUR 360,0 Mio. aus Termingeldanlagen. Weitere EUR 3,7 Mio. entfallen auf jederzeit fällige Sichteinlagen bei Geschäftsbanken.

Geldmarktanlagen erfolgen weiterhin bei der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH.

Im Berichtsjahr verringerte sich die langfristige Finanzverschuldung aufgrund von Tilgungen um EUR 240,0 Mio. bzw. 4,5 % der Bilanzsumme auf EUR 2.398,0 Mio.

Eine Geldmarktfinanzierung aus unbesicherten Kreditlinien wurde im Berichtsjahr nicht in Anspruch genommen. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit sichergestellt. Es bestanden keine Rückzahlungs- und Fremdwährungsrisiken. Kredite werden ausschließlich in Euro denominiert.

5.2. Finanzierungsinstrumente

Der langfristige Finanzierungsbedarf wird durch Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen gedeckt.

Der Bestand an langfristigen Kapitalverbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.398,0 Mio. gliedert sich wie folgt:

Finanzierungsinstrumente	31.03.2024		31.03.2023	
	in TEUR	in %	in TEUR	in %
Namensschuldverschreibungen	1.906.500	79,5	2.096.500	79,5
Schuldscheindarlehen	466.500	19,5	516.500	19,6
Inhaberschuldverschreibungen	25.000	1,0	25.000	0,9
Gesamt	2.398.000	100,0	2.638.000	100,0

Der am Stichtag für die Kapitalmarktdarlehen bestehende durchschnittliche Zinssatz blieb mit 2,73 % p. a. gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die langfristigen Kreditverbindlichkeiten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 240,0 Mio. aufgrund der im abgelaufenen Geschäftsjahr geleisteten Tilgungen. Diese entfallen mit EUR 190,0 Mio. auf Namensschuldverschreibungen und mit EUR 50,0 Mio. auf Schuldscheindarlehen.

Die Struktur der Darlehensgeber gliedert sich zum Ablauf des Geschäftsjahres 2023/2024 wie folgt:

Gläubigerklassen	31.03.2024		31.03.2023	
	in TEUR	in %	in TEUR	in %
Versicherer	1.012.000	42,2	1.058.500	40,1
Kreditinstitute	847.000	35,3	968.000	36,7
Pensionskassen, Versorgungswerke, sonstige Gläubiger	539.000	22,5	611.500	23,2
Gesamt	2.398.000	100,0	2.638.000	100,0

Die Kreditverbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsunternehmen verringerten sich aufgrund von Tilgungen im Umfang von EUR 33,5 Mio. sowie aufgrund von Abtretungen an Pensionskassen, Versorgungswerke und sonstige Gläubiger im Umfang von EUR 13,0 Mio. auf EUR 1.012,0 Mio.

Tilgungen von EUR 136,0 Mio. und Abtretungen von Namensschuldverschreibungen im Umfang von EUR 15,0 Mio. führten zu einem Rückgang der von Kreditinstituten gehaltenen Kreditforderungen um EUR 121,0 Mio. auf EUR 847,0 Mio.

Bei den von Pensionskassen, Versorgungswerken und sonstigen Gläubigern gehaltenen langfristigen Kreditforderungen waren Tilgungen in Höhe von EUR 70,5 Mio. und Abtretungen von Namensschuldverschreibungen im Umfang von EUR 2,0 Mio. zu verzeichnen. Die von diesem Gläubigerkreis gehaltenen Kreditforderungen verringerten sich um EUR 72,5 Mio. auf EUR 539,0 Mio.

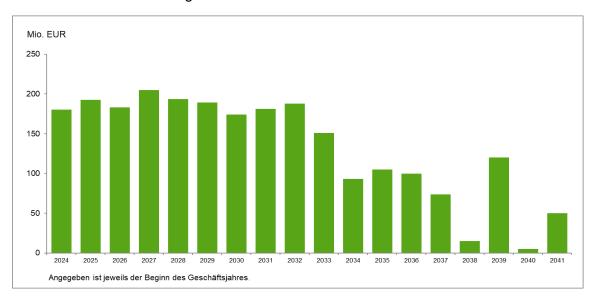
Die langfristigen Kreditverbindlichkeiten bestehen am Bilanzstichtag gegenüber 113 Gläubigern. Davon entfallen 59 auf Versicherungen, 22 auf Kreditinstitute sowie 32 auf Pensionskassen, Versorgungswerke und sonstige Gläubiger.

5.3. Kapitalbindungsfristen

Die Fremdkapitalaufnahme am Kapitalmarkt orientiert sich im Hinblick auf die Fälligkeit grundsätzlich an den mittelfristigen Prognosen zum inländischen Mineralölkonsum, deren Auswirkungen auf die Bevorratungspflicht und der voraussichtlichen Kapitalbindungsdauer der Vorräte.

Das Fälligkeitsprofil des Kreditportfolios ist ausgewogen. Die durchschnittliche jährliche Kapitalbindung der bis 2032 fälligen Kreditverträge beträgt EUR 188,3 Mio. und für die zwischen 2033 und 2041 fälligen Kreditverträge EUR 79,1 Mio.

Die Höhe der in den jeweiligen Geschäftsjahren fälligen Anleihen und langfristigen Darlehen verdeutlicht die nachfolgende Grafik:



5.4. Kreditrating

Die Ratingagentur Moody's Deutschland GmbH hat die Positionierung des Kreditratings des Erdölbevorratungsverbandes unverändert im hochwertigen Investment-Grade-Bereich im November 2023 bestätigt. Diese Einstufung der Kreditwürdigkeit wird von Moody's Deutschland unter anderem mit der strategischen Bedeutung als zentrale Bevorratungsorganisation für die Versorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und dem hierfür zugewiesenen öffentlichen Mandat in Gestalt einer Körperschaft des öffentlichen Rechts sowie dem im ErdölBevG verankerten System der Beitragsfinanzierung begründet.

Ratingeinstufung 2023/2024	Langfristiges Emittentenrating / Ausblick	Kurzfristiges Emittentenrating
Moody's	Aaa / stabil	P-1

Die Definitionen für diese Ratingeinstufungen lauten:

"Obligations rated Aaa are judged to be of the highest quality, subject to the lowest level of credit risk. Ratings of Prime-1 reflect a superior ability to repay short-term obligations."

(Quelle: https://www.moodys.com/research/Moodys-Rating-Symbols-and-Definitions--PBC_79004)

LAGEBERICHT

Die Beurteilung der Kapitaldienstfähigkeit durch die Ratingagentur Moody's Deutschland GmbH begünstigt bei der Finanzierung und Refinanzierung über Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen den direkten und uneingeschränkten Zugang zum Kapitalmarkt. Strukturadäquate Risikoprämien auf die Referenzzinssätze im jeweiligen Laufzeitsegment gewährleisten eine wirtschaftliche Liquiditätsversorgung.

5.5. Besicherung

Mittel- und langfristige Kreditverträge wurden unter der Verpflichtung abgeschlossen, keinen anderen Darlehensgebern und Anleihegläubigern bessere Rechte oder Sicherheiten einzuräumen. Die Erfüllung dieser Verpflichtung gegenüber den Kreditgebern wird jährlich durch einen Wirtschaftsprüfer in Form einer Besicherungs-Negativerklärung bestätigt.

Darüber hinaus unterliegen die Vertragsabschlüsse über den Tausch, die Wälzung oder den Verkauf von Mineralöl unverändert der Besicherung durch den jeweiligen Vertragspartner und/oder dessen Garantiegeber. Bis zur Höhe eines limitierten Sicherungsbetrages werden zur wertmäßigen Absicherung von Rücklieferverpflichtungen nur Kreditinstitute und Kreditversicherer mit einem geringen Ausfallrisiko als Garantiegeber akzeptiert. Um ein mögliches Kontrahentenausfallrisiko mengenmäßig bei der Erfüllung der gesetzlichen Vorratspflicht zu minimieren, sind dem Erdölbevorratungsverband im Falle von Wälzungen darüber hinaus Ersatzdelegationsmengen durch den Vertragspartner oder durch Dritte zu stellen.

6. Ertragslage

Die Ertragslage ist durch Veräußerungen, Erträge aus Mitgliedsbeiträgen sowie durch die Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen, Zinsen und ähnliche Aufwendungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Bei den Erträgen des Geschäftsjahres ist ein Rückgang in Höhe von EUR 30,0 Mio. gegenüber dem Vorjahr auf EUR 585,1 Mio. zu verzeichnen.

Zum einen wurden aus dem Verkauf von Vorräten Erträge in Höhe von EUR 314,6 Mio. erzielt, die gegenüber dem Vorjahr um EUR 35,8 Mio. rückläufig sind und auf Veräußerungen zur Anpassung an die seit dem 1. Juli 2023 geltende Bevorratungspflicht zurückgehen, während im Vorjahr auch die aus der 5. Freigabe realisierten Veräußerungserträge enthalten waren.

Zum anderen liegt dieser Entwicklung ein Rückgang der aus Mitgliedsbeiträgen und Nebenerlösen realisierten Erträge um EUR 5,4 Mio. auf EUR 256,0 Mio. gegenüber dem Vorjahr zugrunde. Während sich die Mitgliedsbeiträge beitragspflichtiger Mineralölerzeugnisse um EUR 10,3 Mio. auf EUR 250,1 Mio. rückläufig entwickelten, stiegen insbesondere die aus dem entgeltlichen Verzicht auf Ersatzgestellungen vereinnahmten Nebenerlöse um EUR 4,9 Mio. auf EUR 5,0 Mio. gegenüber dem Vorjahr an.

Bei den Mitgliedsbeiträgen sind die auf Ottokraftstoff entfallenden Erträge um EUR 1,8 Mio. und die auf Flugturbinenkraftstoff JET A-1 entfallenden Mitgliedsbeiträge um EUR 1,1 Mio. gestiegen, während die bei Dieselkraftstoff gemeldeten Mitgliedsbeiträge um EUR 9,3 Mio. und die bei Heizöl Extra Leicht gemeldeten Mitgliedsbeiträge um EUR 3,9 Mio. zurückgegangen sind. Insgesamt haben sich die Anteile der beitragspflichtigen Produkte am gesamten Beitragsaufkommen nur unwesentlich verändert. Den höchsten Anteil am Beitragsaufkommen hatten – wie bereits in Vorjahren – die auf Dieselkraftstoff entfallenden Mitgliedsbeiträge mit 48,3 % (Vj.: 49,9 %). Auf Ottokraftstoff entfielen 24,7 % (Vj.: 23,1 %), auf Heizöl Extra Leicht 14,2 % (Vj.: 15,1 %) und 12,8 % (Vj.: 11,9 %) auf Flugturbinenkraftstoff JET A-1.

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen und die sonstigen Erlöse haben in Höhe von 70,0 % zur Deckung der gesamten Aufwendungen beigetragen (Vj.: 83,8 %).

Die Aufwendungen des Geschäftsjahres erhöhten sich um EUR 53,7 Mio. auf EUR 365,6 Mio.

Der Anteil der Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen an den gesamten Aufwendungen verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 37,8 % (Vj.: 46,6 %). Die für die Einlagerung von Mineralölen und die Vorhaltung von Delegationsmengen zu entrichtenden Vergütungen sind gegenüber dem Vorjahr um EUR 7,2 Mio. auf EUR 138,1 Mio. gesunken.

Für die eingelagerten Mineralöle ergeben sich über alle Produkte jeweils gestiegene Vergütungssätze. Während diese durch ein gesunkenes Lagervolumen bei Dieselkraftstoff und Heizöl Extra Leicht überkompensiert und damit zu rückläufigen Kosten führten, stiegen diese durch ein nur moderat erhöhtes Lagervolumen bei Flugturbinenkraftstoff JET A-1 um EUR 0,2 Mio. auf EUR 24,5 Mio. an. Beim Ottokraftstoff konnte ein rückläufiges Lagervolumen den Anstieg der Vergütungssätze nicht überkompensieren. Die Lagervergütungen erhöhten sich daher um EUR 0,8 Mio. auf EUR 28,5 Mio.

Dem Rückgang der Kosten für externen Kavernenraum in Höhe von EUR 7,7 Mio. auf EUR 21,8 Mio. liegen gesunkene Vergütungssätze und Kavernenvolumina zugrunde. Diese sind insbesondere auf für die Freigabe des Jahres 2022 seinerzeit angemietete Tanks in Wilhelmshaven sowie das am Standort Etzel angemietete Kavernenvolumen zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit EUR 132,1 Mio. um EUR 65,0 Mio. über dem Wert des Vorjahres. Diese Erhöhung ist mit EUR 4,1 Mio. auf die gestiegenen Kosten der Betriebsführung, mit EUR 2,1 Mio. auf die erhöhten Instandhaltungskosten der technischen Anlagen und der Kavernenspeicher sowie auf die um EUR 59,6 Mio. gestiegenen Kosten für Rückbauverpflichtungen zurückzuführen. Abzüglich der Inanspruchnahme in Höhe von EUR 2,6 Mio. für Planungskosten für die Stilllegung wurden dieser Rückstellung per Saldo EUR 84,4 Mio. zugeführt.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betrugen EUR 81,9 Mio. bzw. 22,4 % der gesamten Aufwendungen (Vj.: 27,9 %). Diese betreffen mit EUR 68,5 Mio. die auf die Finanzierung der Erdölbevorratung entfallenden Zinsaufwendungen sowie mit EUR 13,4 Mio. zinsähnliche Aufwendungen.

Die Zinsaufwendungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 5,1 Mio. bzw. 7,0 %. Dies ist insbesondere auf die Tilgung festverzinslicher Kredite im Umfang von EUR 240,0 Mio. und die im Berichtsjahr daraus resultierende geringere Zinsabgrenzung (EUR - 3,8 Mio.) zurückzuführen.

Die zinsähnlichen Aufwendungen, die auf Rückbauverpflichtungen und Pensionsverpflichtungen entfallen, stiegen gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,0 Mio. auf EUR 13,4 Mio.

Bei den Rückbauverpflichtungen beträgt die Höhe der zinsähnlichen Aufwendungen EUR 13,0 Mio. Die zinsähnlichen Aufwendungen stiegen aufgrund der im Vorjahr erhöhten Berechnungsbasis für die Erfüllungskosten insgesamt um EUR 1,0 Mio.

Bei den Pensionsverpflichtungen belaufen sich die zinsähnlichen Aufwendungen wie im Vorjahr auf EUR 0,3 Mio. Der Rechnungszinssatz für Pensionsrückstellungen, der sich bei einer Restlaufzeit von 15 Jahren aus dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Jahre ergibt, ist gegenüber dem Vorjahr um 5 Basispunkte auf 1,82 % p.a. gestiegen.

Gesamtaussage zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2023/2024 in Höhe von EUR 219,5 Mio. ist um EUR 83,6 Mio. niedriger als das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2022/2023. Diese Ergebnisveränderung ist insbesondere auf die geringeren Erträge aus Veräußerungen von Mineralölen zurückzuführen. Deren Rückgang um EUR 35,8 Mio. auf EUR 314,6 Mio. und der Beitragsrückgang um EUR 5,4 Mio. konnte nur zu einem Teil (EUR 11,3 Mio.) durch erhöhte Zinsen und ähnliche Erträge kompensiert werden. Da sich die betrieblichen Aufwendungen um EUR 53,7 Mio. erhöhten, ergab sich der Ergebnisrückgang des Geschäftsjahres 2023/2024 von EUR 83,6 Mio.

Die Veräußerungserträge des Berichtsjahres gingen ausschließlich auf die Anpassung an die weiterhin rückläufige Bevorratungspflicht zurück.

Da den Verkäufen strukturell höhere Produktanteile mit entsprechenden Marktpreisen zugrunde gelegen haben, ergeben sich gegenüber dem Vorjahr – trotz geringerer Veräußerungsmengen – höhere spezifische Veräußerungserträge. Diese fielen im Geschäftsjahr 2022/2023 deutlich geringer aus, da die Veräußerungen im Vorjahr auf einem hohen Rohölanteil mit entsprechend niedrigeren Marktpreisen beruhten.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich insbesondere aus einem für die Bauwirtschaft gegenüber dem Vorjahr auf durchschnittlich 3,65 % p.a. gestiegenen Preisindex, zu dem die Verpflichtungen zum Rückbau der Kavernenspeicher unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten bewertet wurden.

7. Risiken und Chancen

7.1. Risikomanagementsystem

Zur Steuerung und Überwachung des laufenden Geschäfts ist ein kontinuierlicher Prozess zur Risikobeurteilung eingerichtet, der die wesentlichen wirtschaftlichen Risiken, die sich aus der Erdölbevorratung ergeben, kategorisiert und bewertet. Für alle identifizierten Risiken wurden aus Eintrittswahrscheinlichkeiten und erwarteten Schadenausmaßen Risikograde entwickelt. Die Höhe des Risikogrades und dessen Priorisierung ist dabei Ausdruck der Steuerungsnotwendigkeit der Einzelrisiken.

Maßnahmen zur Risikovermeidung bzw. -begrenzung werden in einem Risikoportfolio dokumentiert und laufend überwacht, um frühzeitig Veränderungen zu erkennen und Anpassungen vorzunehmen. Die Berichterstattung an den Beirat umfasst einen jährlichen Risikobericht des Vorstandes mit den als hoch, mittel und niedrig bewerteten Einzelrisiken, deren Entwicklung zwischen den unterjährigen Erhebungszeitpunkten überwacht und dokumentiert wird.

7.2. Risiken und Chancen aus der Umsetzung des Bevorratungsauftrages

Der Krisenversorgungsauftrag umfasst die regionale Lagerung, Überwachung und Anpassung der Vorratsmengen an Erdöl (Rohöl) und Erdölerzeugnissen. Diese werden unterirdisch in Kavernen und oberirdisch in Tanks gelagert und zur Qualitätserhaltung bzw. zur Anpassung an geänderte Standards oder zur Anpassung an eine geänderte Verbrauchsstruktur regelmäßig ausgetauscht.

Hierzu werden Verkaufs- und Einkaufsverträge mit namhaften Geschäftspartnern aus der Mineralölwirtschaft abgeschlossen.

Die damit einhergehenden Preis-, Mengen-, Logistik- und Kontrahentenrisiken sowie rechtlichen Risiken werden unter anderem durch angemessene Vertragsbedingungen und deren regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung sowie durch eine Besicherung und ein Bonitätsmonitoring reduziert.

Risiken bei einem Wechsel der Kapital- oder der Stimmrechtsmehrheit eines Lagerhalters wird begegnet, in dem die zur Prüfung einer ordnungsgemäßen Vertragserfüllung verfügbaren gesellschaftsrechtlichen Informationen und Bonitätsbeurteilungen berücksichtigt werden.

7.3. Recht

Wesentliche rechtliche Risiken sind nicht erkennbar. Zum Stichtag waren keine Gerichtsverfahren anhängig.

Eine vom Erdölbevorratungsverband erhobene Klage in einem energiesteuerrechtlichen Festsetzungsverfahren wurde erst nach dem Stichtag anhängig. Aus den hierzu verfügbaren Kenntnissen ergibt sich daraus kein erheblicher Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Erdölbevorratungsverbandes.

Darüber hinaus werden die bestehenden Verfahrensabläufe kontinuierlich überprüft, um rechtliche Risiken zu minimieren.

7.4. Personal

Risiken, die sich aus der demografischen Entwicklung, der Personalfluktuation sowie der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte und deren Bindung ergeben, wird durch Nachfolgeplanung, die Möglichkeit mobiler Arbeitsformen außerhalb des Bürostandortes sowie durch Maßnahmen der Personalbeschaffung Rechnung getragen.

Gesundheitlichen Aspekten wird u. a. durch unterstützende Angebote zur betrieblichen Sozialberatung, die Möglichkeit zur Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen und an Schulungen zur Arbeitssicherheit sowie durch technische Ausstattungen in den Geschäftsräumen begegnet.

Die Wahrnehmung externer Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen dient der Weiterentwicklung fachlicher und persönlicher Kompetenzen. Dem Wissenstransfer zwischen Fachbereichen wird mit Arbeitsgruppen und Projektteams Rechnung getragen.

7.5. Informationstechnologie

Der Einsatz moderner und leistungsfähiger IT-Systeme, für deren Betreuung Wartungsund Servicevereinbarungen mit Dienstleistungsunternehmen abgeschlossen sind, unterstützt die dauerhafte Verfügbarkeit der IT-Anwendungen und ist für die Wahrnehmung der Krisenversorgungsaufgabe unabdingbar. Durch regelmäßige Kontrollen und die Weiterentwicklung von Sicherungssystemen wird den ständig steigenden Bedrohungen für die Informationssicherheit entgegengewirkt. Regelmäßige Überprüfungen des Notfallmanagements unterstützen die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der IT-Systeme.

Im Berichtsjahr wurden wichtige Investitionen im Bereich IT-Sicherheit sowie Vorbereitungsmaßnahmen für die Neueinstufung des Erdölbevorratungsverbandes als kritische Infrastruktur (KRITIS) realisiert. Diese dienen dem Ziel, dem weiterhin erhöhten Bedrohungspotential auch im Cyberraum angemessen zu begegnen und wesentliche Anforderungen, die die neue Gesetzgebung zur KRITIS mit sich bringen wird, die noch in diesem Jahr in Kraft treten soll, zeitnah zu erfüllen.

Einzelne IT-Projekte mussten aufgrund von Prioritätenänderungen und Ressourcenengpässen verschoben werden.

7.6. Finanzierung

Fristgerecht und vollständig abgegebene Beitragsmeldungen und die laufende Überwachung des Zahlungsverhaltens der Mitglieder sind Gegenstand interner Prozesse zur Minderung von Beitragsausfallrisiken.

Darüber hinaus werden angemessene Sicherheitsleistungen nach Maßgabe der Beitragssatzung für Beitragszahlungen verlangt, wenn diese für gefährdet gehalten werden.

Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der kurz- und mittelfristigen Liquiditätsplanung erkannt. Dabei begrenzen das ausgewogene Fälligkeitsprofil der Finanzschulden, die Disposition des Nettoumlaufvermögens und verfügbare Geldmarktlinien das Liquiditätsrisiko und reduzieren kurzfristige Schwankungen der operativen Zahlungsströme.

Durch diversifizierte Finanzierungsinstrumente und – auch aufgrund der Ratingeinstufung – erleichterten direkten Zugang zum Geld- bzw. Kapitalmarkt werden Finanzierungsrisiken reduziert. Des Weiteren wird durch die Auswahl der Geschäftspartner, insbesondere der Kreditinstitute, eine Ausgewogenheit der Investorenbasis und bei Finanzmitteln angestrebt.

Für Einnahmen aus Veräußerungen von Vorräten sind Grundsätze für die Liquiditätsanlage beschlossen worden, die – der Minimierung von Anlagerisiken folgend –Geldanlagen auf Schuldtitel und Emittenten jeweils mit geringer Ausfallwahrscheinlichkeit begrenzen. Es ist zu berücksichtigen, dass Einlagen staatlicher Stellen vom gesetzlichen Schutz der Einlagensicherung im Allgemeinen ausgenommen sind. Hierzu zählen auch die Einlagen des Erdölbevorratungsverbandes. Diese unterliegen des Weiteren nicht der satzungsgemäßen Sicherung bestimmter Einlagensicherungsfonds von Kreditinstituten, sodass Rechtsansprüche auf Sicherung insgesamt nicht bestehen.

Geschäftspartnerrisiken werden dezentral überwacht und durch standardisierte Sicherungsinstrumente in Form von Bankgarantien sowie durch Garantiegeber mit hoher Bonität begrenzt. Darüber hinaus sorgt die Festlegung von Limiten je Garantiegeber für eine Begrenzung der Höhe von Ausfallrisiken.

Das in Vorjahren abgeschlossene und im Jahr 2030 auslaufende Festzinstermingeschäft dient der Planungssicherheit über die Höhe der jährlichen Zinsbelastung aus einem zinsvariablen Grundkreditgeschäft mit gleicher Laufzeit.

7.7. Umwelt

Umweltrisiken bestehen aufgrund der Lagerung von Mineralölen, also vor allem hinsichtlich der Nutzung von Kavernenspeichern und Tanklagern einschließlich der zugehörigen Infrastruktur.

LAGEBERICHT

Die Verfahrensabläufe und der Stand der Technik der Mineralöllagerung in den eigenen Kavernen und Tanklagern des Erdölbevorratungsverbandes werden von der mit der Betriebsführung beauftragten NWKG kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt, um Umweltrisiken zu minimieren.

In fremden Tanklagern sind die jeweils verantwortlichen Lagerhalter nach dem bestehenden Rahmenlagervertrag verpflichtet, dass gesetzliche und behördliche Auflagen zum baulichen Zustand und zur technischen Beschaffenheit des Tankraums beachtet und eingehalten sowie Lagerhalter- und Betriebshaftpflichtrisiken unter Einschluss des Umwelthaftpflicht- und des Umweltschadenrisikos angemessen versichert sind.

Zur Abdeckung der Kosten bei der Behebung eventueller Umweltschäden besteht Versicherungsschutz in angemessenem Umfang und angemessener Höhe.

8. Prognosebericht

8.1. Mineralölkonsum

Vor dem Hintergrund des mittel- und langfristig rückläufigen Konsums von Erdölerzeugnissen ist auch eine rückläufige Bevorratungspflicht zu erwarten. Schätzungen zum mittelfristigen Konsum aus dem Kreis unserer Mitgliedsunternehmen gehen spätestens ab dem Jahr 2027 von einem deutlichen Rückgang bei der Bevorratungspflicht aus.

Dieser Entwicklung wird bereits heute durch Verringerung der Rohöl- und Erzeugnisvorräte Rechnung getragen. Auf die Laufzeiten neuer Lagerverträge im Zuge der jährlichen Ausschreibung wird dabei ein besonderes Augenmerk gerichtet.

Trotz der abnehmenden Bedeutung für die Energieversorgung wird Mineralöl zunächst weiterhin zu einem wichtigen Primärenergieträger Deutschlands zählen und den deutschen Energiebedarf beeinflussen.

8.2. Investitionen

Für das Geschäftsjahr 2024/2025 ist insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von EUR 23,4 Mio. vorgesehen.

Diese Ausgaben betreffen am Standort des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen mit EUR 3,7 Mio. den Einbau von Ringraumkomplettierungen in zwei Kavernen, mit EUR 3,0 Mio. die Solung der Kaverne K 804 sowie mit EUR 2,5 Mio. den Erwerb von Grundstücksflächen zur Erweiterung des bestehenden Betriebsplatzes. Weitere EUR 1,4 Mio. betreffen den Einbau von Druckminderern zur Druckstufentrennung in vier Kavernen und EUR 1,1 Mio. sind für den Einbau von zwei neuen Kavernenköpfen mit höheren Druckstufen vorgesehen. Darüber hinaus sind diverse technische Maßnahmen, unter anderem für die Kavernennachnutzung, die Sicherung von Kavernenköpfen durch Einhausungen sowie Investitionen in Molchschleusen und eine Wasserversorgung am Verteiler 6, insgesamt im Umfang von EUR 1,5 Mio. geplant.

Am Standort des Kavernenspeichers Heide sollen zwei Kavernen mit einer Ringraumkomplettierung ausgestattet werden. Die dafür geplanten Investitionskosten betragen EUR 3,5 Mio.

Am Standort des Kavernenspeichers in Lesum sind EUR 1,3 Mio. zur Anbindung der Kavernen L 201 und L 203 an das mechanische und elektrische Leitungssystem der NWKG geplant. Weitere EUR 0,2 Mio. betreffen Maßnahmen zur Kavernenkopfeinhausung der Kaverne L 206.

Am Geschäftssitz des Erdölbevorratungsverbandes in Hamburg sind insgesamt EUR 1,7 Mio. Investitionsausgaben geplant. Diese betreffen insbesondere die Neueinführung von Softwareprodukten, die Erneuerung des Rechenzentrums, der unterbrechungsfreien Stromversorgung, des Storage Systems, der Serverschränke und Racks sowie den Ersatz von Netzwerkkomponenten.

8.3. Standortbezogene Aspekte

Die vorrangigen Ziele der Kavernenspeicherung sind die sichere Lagerung und die jederzeitige Auslagerungsbereitschaft an den Speicherstandorten Wilhelmshaven-Rüstringen, Bremen-Lesum, Sottorf und Heide.

Bei der Lagerung in Tanklagern Dritter steht die regional ausgewogene und unmittelbare Verfügbarkeit von Mineralölerzeugnissen im Vordergrund, für die eine geeignete und vertraglich vereinbarte technische Infrastruktur zur Anbindung an die Mineralöllogistik und die Auslieferungsstrukturen des Mineralölmarktes durch Vertragspartner gewährleistet wird.

8.4. Mitarbeiter

Die zur Verfügung stehenden 27 Planstellen waren am 31. März 2024 im Umfang von 25,3 Vollzeitäquivalenten besetzt. Im Zuge von Neubesetzungen konnten zu Beginn des neuen Geschäftsjahres 2024/2025 qualifizierte Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter für eine Tätigkeit beim Erdölbevorratungsverband gewonnen werden. Herausforderungen, wie die fortschreitende Digitalisierung sowie ein zunehmend virtuelles Arbeitsumfeld stellen erhöhte Anforderungen an die Fähigkeiten und Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Erdölbevorratungsverband begegnet diesen Herausforderungen unter anderem durch Angebote zur fachlichen Aus- und Fortbildung und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Ziel der Nachfolgeplanung ist es, qualifiziertes und motiviertes Fachpersonal zu gewinnen, zu integrieren und zu entwickeln.

8.5. Kooperationen

Bevorratungsorganisationen anderer Länder, die in der ACOMES-Gruppe zusammengeschlossen sind und mit denen eng kooperiert wird, kommen jährlich zu einem Erfahrungsaustausch zusammen, der 2023 von der estnischen Bevorratungsorganisation ESPA in Tallin als Präsenzveranstaltung ausgerichtet wurde.

Mit ELABCO, einer internationalen Gruppe von Laborexperten und Qualitätsmanagern internationaler Bevorratungsorganisationen und -agenturen, werden analytische und technische Fragen, insbesondere der Qualitätssicherung bei Langzeitlagerung, beraten. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist dabei der jährliche Ringversuch mit einer Auswertung der Norm- und Alterungsteste.

Im Jahr 2023 wurde dafür die Probe eines Kavernenbenzins von dem EBV zur Verfügung gestellt. Die daraus von einem analytischen Dienstleister im Rahmen des Ringversuches versendeten Proben wurden von Laboren aus ganz Europa, Israel und Kanada analysiert. Die Ergebnisse dieses Ringversuches erlauben eine differenzierte Betrachtung der Leistungsfähigkeit der beteiligten Labore.

Für das Jahr 2024 ist der Ringversuch mit einer Dieselprobe B0 unserer estnischen Partnerorganisation und dessen Analyse unter internationaler Beteiligung von insgesamt 17 Laboren vorgesehen.

Das Treffen der ELABCO-Gruppe fand im September 2023 als Präsenzveranstaltung mit weltweiter Beteiligung statt. Die Veranstaltung wurde durch die portugiesische Bevorratungsorganisation ENSE in Lissabon organisiert – wie in jedem Jahr stellte der EBV auch den Vorsitz und bereitete den wissenschaftlichen Inhalt dieser Veranstaltung vor. Wie üblich wurde das Treffen in einer offenen und partnerschaftlichen Atmosphäre erfolgreich durchgeführt und war durch eine große Fülle von interessanten Beiträgen zur Analytik und Langzeituntersuchungen von Kraftstoffen charakterisiert.

Ergebnisse dieser Untersuchungen und Beratungen finden unmittelbar Eingang in das Qualitätssicherungssystem "ProQuality", welches von vielen europäischen Bevorratungsorganisationen und -agenturen genutzt wird.

Die Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit in der DIN-Normungsarbeit und in den DGMK-Fachausschüssen für Brenn- und Kraftstoffe sichert die Aktualität und Nähe zu Entwicklungen
neuer Spezifikationen und Testverfahren. Diese sind gerade im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen in Bezug auf den verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen und PtL-Verfahren für die Kraftstoffherstellung außerordentlich wichtig zu verfolgen, um
auch in Zukunft die Versorgung mit normgerechten Kraftstoffen im Krisenfall sicherzustellen.

8.6. Voraussichtliche Entwicklung

Das Kalenderjahr 2023 war von einem Konsumrückgang in Höhe von 1,5 % für die bevorrateten Erdölerzeugnisse gekennzeichnet. Der inländische Verbrauch war im Kalenderjahr 2023 durch einen rückläufigen Konsum beim Dieselkraftsoff und beim Heizöl Extra Leicht gekennzeichnet. Dieser Konsumrückgang konnte durch Konsumzuwächse beim Ottokraftstoff sowie beim Flugturbinenkraftstoff JET A-1 nicht kompensiert werden. Die Entwicklung eines insgesamt rückläufigen Inlandskonsums setzte sich im ersten Quartal des Jahres 2024 gegenüber dem Vorjahresquartal jedoch über alle der zuvor genannten Mineralölprodukte fort.

Der im Vergleich zu den Vorjahren rückläufige Mineralölkonsum des Kalenderjahres 2023 wirkte sich bei der Ermittlungsweise der Bevorratungspflicht auf die ab dem 1. Juli 2024 geltende Bevorratungsmenge aus. In dem für die rechnerische Ermittlung der Bevorratungspflicht heranzuziehenden Zeitraum wurden die letzten vor dem Bevorratungszeitraum liegenden drei Kalenderjahre herangezogen, wobei ein relativ konsumstärkeres Jahr 2020 durch ein relativ konsumschwächeres Jahr 2023 ersetzt wurde.

Im Ergebnis wurde soweit für den ab dem 1. Juli 2024 beginnenden Bevorratungszeitraum der Durchschnitt der täglichen Nettoeinfuhren für 90 Tage der drei Kalenderjahre 2021, 2022 und 2023 zugrunde gelegt, da dieser höher war als der sich rechnerisch aus den Nettoeinfuhren des Kalenderjahres 2023 insgesamt für 90 Tage ergebende Durchschnitt.

Ausgehend von den Regelungen in § 3 ErdölBevG entwickelt sich daher die Bevorratungsplicht für das Geschäftsjahr 2024/2025 wie folgt:

Erhöhung (+) Verminderung (-)	ab 1. Juli 2024	bis 30. Juni 2024
in Tsd. t COE	in Tsd. t COE	in Tsd. t COE
- 588	19.483	20.071

Es ist zunächst vorgesehen, die operative Deckung durch Verkäufe von Rohöl aus einer Kaverne in Heide und von Ottokraftstoff aus einer Kaverne Dritter sowie von Mineralölerzeugnissen aus auslaufenden Verträgen der Tankraumausschreibung 2024 und weitere Maßnahmen anzupassen. Auch hierzu zählen insbesondere Verkäufe von Rohöl zum weiteren Abbau der bestehenden Überdeckung.

Sollte es u. a. aufgrund eines fortgesetzten Konsumrückgangs bei fossilen Kraftstoffen zum Abbau weiterer Kapazitäten inländischer Raffinerien kommen oder diese aufgrund der Transformation im Energiemarkt zugunsten emissionsärmerer Kraftstoffe verlagert werden, sind weitere Maßnahmen zur Anpassung der Vorratshaltung nicht auszuschließen.

Für das Geschäftsjahr 2024/2025 werden Erträge aus Beiträgen von EUR 254,8 Mio. geplant, denen ein unveränderter Beitragssatz in Höhe von 3,56 EUR/t zugrunde liegt.

Dem liegen beitragspflichtige Mengen in Höhe von 71,6 Mio. t zugrunde. Diese Erträge basieren auf Erwartungen über die Veränderung des Inlandsabsatzes bevorratungspflichtiger Produkte bewertet mit den im Geschäftsjahr bereits realisierten und auf das Kalenderjahr hochgerechneten Absatzmengen. Diese Mengenplanung ist gegenüber den im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2023/2024 realisierten Import- und Herstellungsmengen in Höhe von 70,3 Mio. t leicht erhöht.

JAHRESABSCHLUSS 2023 / 2024

Die Deckung der bevorratungsrelevanten Aufwendungen des Geschäftsjahres 2024/2025 in Höhe von EUR 318,3 Mio. wird durch Mitgliedsbeiträge in Höhe von EUR 254,8 Mio., sonstige Erlöse, Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von EUR 18,4 Mio. sowie Entnahmen sowohl aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von EUR 5,5 Mio. als auch aus der Gesetzlichen Rücklage in Höhe von EUR 39,6 Mio. gewährleistet werden.

Unsicherheiten im Hinblick auf die Höhe der Beitragseinnahmen ergeben sich vor allem aus dem Volumen des Mineralölkonsums des Geschäftsjahres 2024/2025, da sich aus diesem die beitragspflichtigen Mengen ergeben.

Die Höhe der im Geschäftsjahr 2024/2025 bevorratungsrelevanten Aufwendungen basiert neben den für die Nutzung kontrahierten Tank- und Kavernenraums vertraglich zu zahlenden Nutzungsentgelten vor allem auf Betriebsführungs- und Instandhaltungskosten für die Kavernenspeicher und Tanklager sowie auf Zinsaufwendungen für Kapitalmarktkredite.

Sollte es etwa aufgrund von Störungen in der Energieversorgung oder von Beschlüssen des Verwaltungsrates der IEA notwendig werden, Bestände von Erdöl und Erdölerzeugnissen zur Beseitigung von Versorgungsunterbrechungen nach § 12 ErdölBevG freizugeben, sind operative Maßnahmen – wie bspw. Sonderanmietungen von Tankraum für Freigabemengen – zur Sicherung der Auslagerungsfähigkeit an bestimmten Tanklagerstandorten nicht auszuschließen.

Im Geschäftsjahr 2024/2025 werden Kapitalmarktkredite in Höhe von EUR 180,0 Mio. fällig. Eine Refinanzierung ist aufgrund der vorhandenen und der aus dem geplanten Verkauf weiterer Produkt- und Rohölbestände zufließenden Liquidität nicht vorgesehen. Aufgrund der Volatilität der Preise auf den Rohstoffmärkten ergeben sich Unsicherheiten in der Höhe der aus dem Verkauf weiterer Produktbestände zum Abbau der operativen Überdeckung noch zufließenden Liquidität.

Der für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zuständige Sachverständigenrat hat in seiner aktuellen Prognose zur konjunkturellen Entwicklung "Erholung der deutschen Wirtschaft verzögert sich weiter" eine differenzierte Einschätzung zur Entwicklung des privaten Konsums, der Investitionen, der Inflationserwartungen, der Auswirkung des demografischen Wandels auf die Beschäftigungsentwicklung und der inländischen Wirtschaftsleistung sowie der öffentlichen Finanzen vorgelegt. Inwiefern sich die darin getroffenen Annahmen und Prognosen auch auf den Konsum von Mineralöl und Mineralölerzeugnissen auswirken werden, ist insoweit mit Unsicherheiten versehen.

JAHRESABSCHLUSS 2023 / 2024

ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND | GESCHÄFTSBERICHT 2023 / 2024

Die vom europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union im Dezember 2022 verabschiedeten Richtlinie 2022/2555 und 2022/2557 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau sowie über die Resilienz kritischer Einrichtungen ordnen u. a. zentralen Bevorratungsstellen des Energiesektors Pflichten für das Cybersicherheits-Risikomanagement sowie zur Verbesserung ihrer Resilienz und der Fähigkeit zur Erbringung ihrer Dienste, die für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen oder wirtschaftlicher Tätigkeiten unerlässlich sind, zu.

Bislang wurden zu den vorgenannten Richtlinien noch keine nationalen Rechtsvorschriften verabschiedet. Ein von der Bundesregierung zur Stärkung der Resilienz von Betreibern kritischer Anlagen im Dezember 2023 verabschiedeter Gesetzesentwurf (KRITIS-DachG) formuliert sektorübergreifende Ziele, konkretisiert sektorspezifische Regelungen und verpflichtet die darin tätigen Betreiber kritischer Infrastrukturen zu entsprechenden Resilienzmaßnahmen. Der vom Gesetzesentwurf geforderten Darstellung dieser Maßnahmen in sogenannten Resilienzplänen sollen entsprechende Risikoanalysen und -bewertungen zugrunde liegen. Zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung war der Gesetzesentwurf noch nicht abschließend abgestimmt. Der Erdölbevorratungsverband hat den Entwurf eines solchen Resilienzplanes aufgestellt, um diesen mit den durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe den Betreibern kritischer Anlagen zur Verfügung zu stellenden Vorlagen und Mustern nach einer Gesetzesverabschiedung entsprechend abstimmen und fortschreiben zu können.

JAHRESABSCHLUSS 2023 / 2024

Jahresabschluss 2023/2024

Bilanz

zum 31. März 2024

	31.03.2024	31.03.2023
	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Software	77	127
II. Sachanlagen		
 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken 	18.680	15.950
2. Technische Anlagen und Maschinen	106.961	100.820
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	341	474
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.060	16.403
	143.042	133.647
III. Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen		
1. Ottokraftstoff	384.487	460.353
2. Dieselkraftstoff	929.027	927.724
3. Heizöl Extra Leicht	299.210	317.972
4. Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis	336.388	339.943
5. Erdöl	2.148.665	2.167.765
	4.097.777	4.213.757
IV. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	28	28
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Beiträgen	59.919	51.072
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	492.765	775.350
3. Sonstige Vermögensgegenstände	24.354	68.512
	577.038	894.934
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	554.675	75.848
C. Rechnungsabgrenzungsposten	854	932

			Passiva
		31.03.2024	31.03.2023
		TEUR	TEUR
A. Reinverm	ögen		
I.	Ausgleichsrücklage	76.232	73.607
II.	Gesetzliche Rücklage	1.627.748	1.410.864
III.	Zweckgebundene Rücklagen	218.500	218.500
		1.922.480	1.702.971
B. Ausgleicl Wälzung	nsposten aus Tausch- und skontrakten	351.965	394.797
C. Rückstell	ungen		
1.	Rückstellungen für Pensionen	19.480	17.936
2.	Sonstige Rückstellungen	582.483	479.678
		601.963	497.614
D. Verbindli	chkeiten		
1.	Anleihen	1.931.500	2.121.500
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Abtretungsgläubigern	501.344	557.314
3.	Verbindlichkeiten aus Beiträgen	11.162	5.328
4.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22.310	11.678
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	20.238	18.693
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	8.094	6.169
		2.494.648	2.720.682
E. Rechnun	gsabgrenzungsposten	2.435	3.209
	ggg		
		5.373.491	5.319.273

JAHRESABSCHLUSS 2023 / 2024 | GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND | GESCHÄFTSBERICHT 2023 / 2024

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

		Plan TEUR	lst TEUR	Abweichung TEUF
1.	Mitgliedsbeiträge und sonstige Erlöse	263.100	256.026	- 7.074
2.	Erträge aus Veräußerungen von Gegenständen	200.100	200.020	7.01
	des Anlagevermögens	20.002	314.624	294.622
3.	Sonstige betriebliche Erträge	46	68	22
4.	Personalaufwand	5.198	5.194	- 4
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.480	6.575	9:
6.	Aufwendungen für Lager- und Delegations- vergütungen	150.000	138.129	- 11.87
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	58.402	132.078	73.67
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.784	14.394	10.61
9.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	544	1.671	1.12
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	82.122	81.947	- 17
11.	Sonstige Steuern	7	8	
12.	Jahresergebnis	- 15.821	219.510	235.33
<u>Ergeb</u>	onisausgleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung Entnahmen aus Rücklagen			
	a) Ausgleichsrücklage	22.481	0	- 22.48
	b) Gesetzliche Rücklage	13.340	97.737	84.39
	c) Zweckgebundene Rücklagen	0	0	(
14.	Einstellungen in die Rücklagen			
	a) Ausgleichsrücklage	0	2.626	2.62
	b) Gesetzliche Rücklage	20.000	314.622	294.622
	c) Zweckgebundene Rücklagen	0	0	
				-

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS

ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND | GESCHÄFTSBERICHT 2023 / 2024

Anhang zum Jahresabschluss

für das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024

Der Erdölbevorratungsverband ist eine bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in 20354 Hamburg, Jungfernstieg 38.

Die Größenmerkmale des § 267 Abs. 2 HGB werden überschritten. Damit erfüllt der Erdölbevorratungsverband die Kriterien einer großen Gesellschaft.

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wurde gemäß Finanzstatut in der Fassung vom 3. Januar 2017 unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt. Die von der Mitgliederversammlung am 24. November 2022 beschlossene Neufassung des Finanzstatuts trat erst nach seiner Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 5. April 2024 in Kraft.

Dabei wurden die Ansatz- und Ausweisvorschriften der §§ 246 bis 256a HGB beachtet.

Die Kapitalflussrechnung wurde nach dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard Nr. 21 (DRS 21) aufgestellt.

Im Übrigen entsprechen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden denen des Vorjahres und wurden stetig angewendet.

1.1. Anlagevermögen

1.1.1. Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte sind mit ihren historischen Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen aktiviert.

Gebäude und bauliche Anlagen, Lagereinrichtungen und Infrastruktur sind zu historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, erfasst. Den Abschreibungen liegen im Einzelfall betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern von drei bis 33 Jahren zugrunde. Sofern die angeschafften bzw. hergestellten Gebäude und Anlagen zum Stichtag vollständig abgeschrieben waren, wird ein Erinnerungswert von jeweils EUR 1 ausgewiesen.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Kraftfahrzeuge sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Den Abschreibungen liegen betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern von drei bis fünf Jahren zugrunde.

Aus Vereinfachungsgründen wird auf den Ansatz von Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung verzichtet, deren Anschaffungskosten im Einzelfall nicht mehr als TEUR 1 betragen.

1.1.2. Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen

Im Hinblick auf die gesetzliche Aufgabe der dauerhaften Bevorratung von Erdöl und Erdölerzeugnissen zur Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik im Krisenfall, die nur im Fall der Verhütung einer drohenden oder zur Behebung einer bereits eingetretenen Störung in der Energieversorgung durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz dahingehend abgeändert wird, dass vorübergehend eine geringere als die nach dem ErdölBevG vorgeschriebene Menge an Mineralölvorräten vorzuhalten ist, sind Vorräte aufgrund der langfristig ausgerichteten Zweckbestimmung, dem Unternehmen dauerhaft zur Verfügung zu stehen, als Bestandteil des Anlagevermögens auszuweisen.

Die Vorräte nach § 4 ErdölBevG sind zu den durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet.

Gemeinsam gelagerte Vorräte an Erdölen werden zum gewogenen Durchschnittswert bewertet, da es sich im Hinblick auf Qualität und Verwendungszweck um gleichartige und annähernd gleichwertige Vermögensgegenstände handelt, die zu einer Gruppe zusammengefasst sind.

Die während eines Handelsgeschäftes durch Wälzung, Tausch und tauschbedingte Einund Verkäufe bestehenden Marktpreisunterschiede werden erfolgsneutral behandelt. Daher wirkt sich der Austausch von Erdöl und Erdölerzeugnissen grundsätzlich nicht auf die durchschnittlichen Einstandspreise der Vorräte aus.

1.1.3. Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert. Diese berücksichtigen außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag.

1.2. Umlaufvermögen

1.2.1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Dieser Posten wird zu Nennwerten abzüglich erforderlicher Einzelwertberichtigungen bilanziert.

Abholungen, Auslagerungen oder anderweitige Entnahmen von Mineralölprodukten können zu einem energiesteuerpflichtigen Inverkehrbringen von Brennstoffen führen. Der entgeltliche Erwerb von Emissionszertifikaten wird zu Anschaffungskosten zuzüglich etwaiger Anschaffungsnebenkosten vorgenommen.

Soweit Mitglieder Emissionszertifikate, bspw. im Rahmen einer Freigabe, unentgeltlich auf den Erdölbevorratungsverband übertragen, werden diese mit der Eintragung im Emissionshandelsregister unter den sonstigen Vermögensgegenständen mit einem Wert von Null Euro angesetzt. Im Geschäftsjahr wurden keine Zertifikate erworben.

1.2.2. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nominalwerten angesetzt.

1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgaben für Aufwendungen nach dem Bilanzstichtag sind ebenso wie Disagien in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten. Disagien werden über die zugrunde gelegten Vertragslaufzeiten aufgelöst.

1.4. Reinvermögen

Das Reinvermögen besteht aus der Ausgleichsrücklage, der gesetzlichen Rücklage und den zweckgebundenen Rücklagen.

1.5. Ausgleichsposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten

Für am Abschlussstichtag bestehende Tausch- und Wälzungsvereinbarungen sowie Einund Verkaufskontrakte wird in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Einstandswerten und Marktwerten ein Ausgleichsposten gebildet.

1.6. Rückstellungen

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten werden analog § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB gebildet.

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages passiviert und berücksichtigen erkennbare Risiken in angemessener Weise.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen basiert auf dem modifizierten Teilwertverfahren, den Berechnungen liegen die Sterbetafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Dabei wird von einer Gehaltsdynamik von 2,5 % p. a. (Vorjahr 2,1 % p.a.) sowie einer Rentendynamik von 2,0 % p. a. (Vorjahr 1,6 % p.a.) ausgegangen. Bei der Abzinsung werden die Zinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB in der Fassung des Artikels 7 des Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften vom 11. März 2016 zugrunde gelegt. Der Abzinsung liegt ein durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre zugrunde, der sich bei einer pauschal angenommenen Laufzeit von 15 Jahren mit 1,82 % p. a. (Vorjahr 1,77 % p.a.) ergibt. Ein entsprechender Zinsaufwand wird unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen, Auswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses sowie der Renten- und Gehaltsdynamik im Personalaufwand der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Der Rückstellung für die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern liegt ein Bewertungsansatz zugrunde, der auf Erwartungen über den Umfang notwendiger Rückbaukosten und auf Annahmen zur Entwicklung von Preisindizes und Zinssätzen für den Kapitaldienst beruht.

1.7. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

1.8. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Einnahmen für die nach dem Bilanzstichtag zu erbringenden Leistungen werden unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Unterschiedsbeträge aus dem über dem Nennwert von Darlehensverbindlichkeiten liegenden Auszahlungsbetrag werden in die passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und über die zugrunde gelegte Vertragslaufzeit aufgelöst.

2. Erläuterungen zur Bilanz

2.1. Anlagevermögen

2.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände entfallen im Wesentlichen auf den entgeltlichen Erwerb von Lizenzen für Software.

2.1.2. Sachanlagen

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken betreffen insbesondere Grundstücke in Wilhelmshaven-Rüstringen, Feldkirchen, Bremen-Lesum und Heide. Ursächlich für den Anstieg der Buchwerte sind die neuen Einhausungen für Kavernenköpfe sowie Zaun- und Toranlagen an sechs Kavernenplätzen. Zudem wurden die Anschaffung von Klima- und Lüftungsanlagen sowie Herstellungskosten des Verwaltungsgebäudes am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen umgegliedert.

Die **Technischen Anlagen und Maschinen** setzen sich zusammen aus vier Kavernenspeichern, zwei Tanklagern sowie der dazugehörigen Infrastruktur. Die am Stichtag vollständig abgeschriebenen Kavernenspeicher und Tanklager werden mit einem Erinnerungswert von jeweils EUR 1 ausgewiesen. Die Aktivierung von drei weiteren Ringraumkomplettierungen und die Inbetriebnahme von neuen Kavernenköpfen sowie Druckstufentrennungen führten zu einem deutlichen Anstieg der Buchwerte.

Im Bereich der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** sind neben der Geschäftsausstattung auch die IT-Hardware und die Kraftfahrzeuge bilanziert.

Der Wertansatz für die **Anlagen im Bau** entwickelte sich leicht ansteigend vor dem Hintergrund gegenläufiger Entwicklungen. So sank der Buchwert insbesondere durch die Umgliederung fertiggestellter Ringraumkomplettierungen, Kavernenköpfe und Druckstufentrennungen in die technischen Anlagen und Maschinen und die Umgliederung von Einhausungen für Kavernenköpfe sowie Installation von Zaun- und Toranlagen aus den Anlagen im Bau in die Grundstücke und Bauten. Demgegenüber stieg der Buchwert durch die Solungskosten für die Kaverne K804, im Bau befindliche Ringraumkomplettierungen und diverse Druckstufentrennungen. Weitere Einhausungen von Kavernenköpfen sind im Bau. Planungskosten für die Restölentleerung von Kavernen, die zur Prüfung einer Nachnutzung vorbereitet werden, wurden bis auf Weiteres als Herstellungskosten erfasst.

2.1.3. Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen

Die Vorräte umfassen die zum Stichtag auf die Bevorratungspflicht anrechenbaren Eigentumsmengen und setzen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt zusammen:

Vorräte	31.03.2024	31.03.2023
	t	t
Ottokraftstoff	1.550.567	1.857.091
Dieselkraftstoff	4.197.545	4.187.292
Heizöl Extra Leicht	1.628.000	1.742.995
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	1.192.990	1.205.434
Erdől	13.117.484	13.275.176
Gesamt	21.686.586	22.267.988

Einschließlich der durch Dritte zur Verfügung gestellten Delegationsmengen in Höhe von 0,5 Mio. t und der gemäß § 4 Abs. 5 Nr.1, 2 ErdölBevG zu berücksichtigenden Anpassungen für Erdöl und Erdölerzeugnisse ergibt sich nach der Umrechnung auf Rohöläquivalente ein Bestand in Höhe von 23.4 Mio. t COE.

Unter Berücksichtigung eines gesetzlichen Abzugs von 10 % verbleiben 21,0 Mio. t COE als Deckung der Bevorratungspflicht zum Ende des Geschäftsjahres.

Der Rückgang der Vorräte gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem Verkauf von Ottokraftstoff und Heizöl Extra Leicht zur konsumgerechten Bevorratung und aus dem planmäßigen Bestandsabbau von Rohöl zur Anpassung an die Bevorratungspflicht.

2.1.4. Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter der Position Anteile an verbundenen Unternehmen werden die Geschäftsanteile an der Nord-West Kavernengesellschaft mbH, Wilhelmshaven unter Fortschreibung der periodischen Beteiligungsergebnisse ausgewiesen.

Einlageverpflichtungen in die Kapitalrücklage der NWKG zum Ausgleich des bei der NWKG entstandenen Jahresfehlbetrages werden aktiviert und periodengleich auf den beizulegenden Wert der Geschäftsanteile ergebniswirksam abgeschrieben.

2.2. Umlaufvermögen

2.2.1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen der Mitglieder in Höhe von EUR 59,9 Mio. betreffen im Wesentlichen von den Mitgliedern gemeldete, aber zum 31. März 2024 noch nicht fällige Beiträge für die Monate Februar und März 2024. Diese Forderungen haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 492,8 Mio. resultieren in Höhe von EUR 446,0 Mio. aus Tausch- und Wälzungsvereinbarungen, denen Abnahmemengen aus Freistellungen an diversen Tanklager- und Raffineriestandorten der Kontraktpartner zugrunde liegen. Darüber hinaus betreffen EUR 42,5 Mio. den Verkauf von Produkten und EUR 4,2 Mio. den entgeltlichen Verzicht zur Gestellung von Ersatzdelegationen. Die Restlaufzeit der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beträgt maximal ein Jahr.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wird insbesondere ein Vorsteuerguthaben ausgewiesen.

2.2.2. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Bei den flüssigen Mitteln handelt es sich um Guthaben bei Kreditinstituten sowie Tagesund Termingeldanlagen bei der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH.

2.3. Rechnungsabgrenzungsposten

Es wurden Ausgaben in Höhe von TEUR 854 aktivisch abgegrenzt. Diese betreffen den wirtschaftlich nach dem Bilanzstichtag entstehenden Anspruch auf Gegenleistungen aus Gestattungs-, Lizenzüberlassungs-, Nutzungs-, Betriebsführungs- und Versicherungsverträgen über insgesamt TEUR 665 sowie aus Disagien in Höhe von TEUR 188.

Die passivischen Abgrenzungen von EUR 2,4 Mio. umfassen überwiegend Agien aus Darlehen und Anleihen.

2.4. Reinvermögen

Das Reinvermögen in Höhe von EUR 1.922,5 Mio. setzt sich wie folgt zusammen:

Reinvermögen	Stand 31.03.2023	Einstellungen	Entnahmen	Stand 31.03.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgleichsrücklage	73.606.489	2.625.764	0	76.232.253
Gesetzliche Rücklage	1.410.864.110	314.621.652	97.737.490	1.627.748.272
Zweckgebundene Rücklage	218.500.000	0	0_	218.500.000
Gesamt	1.702.970.599	317.247.416	97.737.490	1.922.480.525

Die Ausgleichsrücklage ergibt sich als Saldo aus Vermögen und Schulden unter Verrechnung des Ausgleichspostens aus Tausch- und Wälzungskontrakten sowie der gesetzlichen und der zweckgebundenen Rücklage.

Im Berichtsjahr wurden Erträge in Höhe von EUR 314,6 Mio. in die gesetzliche Rücklage eingestellt, die aus Veräußerungen aufgrund der deutlich gesunkenen Vorratspflicht resultieren.

Aus der gesetzlichen Rücklage werden EUR 97,7 Mio. zur Deckung von Aufwendungen entnommen. Diese nicht liquiditätswirksamen Aufwendungen umfassen die Zuführung zu der Rückstellung für die Betriebsstilllegung der Kavernenspeicher in Höhe von EUR 86,9 Mio. sowie den Zinseffekt aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Nach Dotierung der gesetzlichen Rücklage in Höhe von per Saldo EUR 216,9 Mio. verbleibt ein Ergebnisbeitrag von EUR 2,6 Mio. Dieser wird zum Ergebnisausgleich in die Ausgleichsrücklage in gleicher Höhe eingestellt.

Die Rücklage für die Eigenversicherung von Vorräten an Erdöl und Erdölerzeugnissen wird als zweckgebundene Rücklage ausgewiesen. Ihre Höhe bemisst sich nach dem bewerteten Risiko von Warenverlusten unter Berücksichtigung der bestehenden Lagerstrukturen.

2.5. Ausgleichsposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten

Der Ausgleichsposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten von EUR 352,0 Mio. resultiert im Wesentlichen aus offenen Tausch- und Wälzungsvereinbarungen sowie aus Bestandsveränderungen.

Der Ausgleichsposten hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Ausgleichsposten	Stand 31.03.2023	Veränderung aus Handelsgeschäft	Übertragung auf Vorräte	Übertragung in die GuV	Stand 31.03.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Gesamt	394.797.041	285.579.631	- 13.791.683	-314.619.656	351.965.333

Nach der Beendigung von Handelsgeschäften wurden Bewertungsunterschiede in Höhe von EUR 13,8 Mio. durch Verrechnung mit den Anschaffungskosten aus Einkäufen auf die Einstandswerte der Vorräte übertragen sowie EUR 314,6 Mio. als Veräußerungserträge in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

Tausch- und Wälzungsgeschäfte des Geschäftsjahres in Höhe von EUR 285,6 Mio. führten zu einem insgesamt gesunkenen Wertansatz.

2.6. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzten sich wie folgt zusammen:

Rückstellungen	Stand	Zuführ	U	Auflösung /	Stand
	31.03.2023 EUR	Erfüllung EUR	Zinsen EUR	Inanspruchnahme EUR	31.03.2024 EUF
für Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern	476.320.449	86.921.000	13.019.000	2.550.000	573.710.449
für die Altersversorgung	17.936.232	1.876.090	347.490	679.390	19.480.422
für ausstehende Rech- nungen	10.000	42.487	-	1.612	50.87
für die Übernahme von Kavernen in Bremen- Lesum	3.174.354	5.500.001	-	144.121	8.530.23
für Personal	143.800	18.400	-	-	162.20
für den Jahresabschluss	29.032	29.032	-	29.032	29.03
Gesamt	497.613.867	94.387.010	13.366.490	3.404.155	601.963.21

Die Rückstellung für die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern wurde nach Maßgabe eines externen Gutachtens in der Höhe der nach Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer voraussichtlich notwendigen Kosten angesetzt, um die erwarteten Verpflichtungen für Stilllegungs- und Rückbaumaßnahmen für die Speicherstandorte zu finanzieren. Das Gutachten umfasst Kosten für den obertägigen Rückbau, die untertägige Verfüllung und die Verwahrung der Kavernen unter Sole.

Nach handelsrechtlichen Grundsätzen wurden zunächst die Endwerte für die zu erwartenden Kosten für die Kavernenstilllegung unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten und der Preisentwicklungen ermittelt. Zum Stichtag wurde ein aus Preisindizes für die Bauwirtschaft ermittelter und gegenüber dem Vorjahr um 0,65 Prozentpunkte auf 3,65 % p.a. gestiegener Preisindex über einen Zeitraum der letzten 20 Jahre für die Aufzinsung zugrunde gelegt.

Die Abzinsung der Endwerte zur Ermittlung des anzusetzenden Erfüllungsbetrages wurde gemäß § 10 Abs. 2 des Finanzstatuts mit dem unternehmensspezifischen langfristigen Fremdfinanzierungssatz von 2,73 % p. a. durchgeführt.

Die Inanspruchnahme der Rückstellung umfasst Planungskosten für die Stilllegung von Kavernen einschließlich der hierzu erforderlichen Nachweise und Genehmigungen.

Der sich bei den Pensionsrückstellungen aus § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem durchschnittlichen Marktzinssatz der zurückliegenden zehn Geschäftsjahre und einem Rückstellungsansatz nach Maßgabe eines siebenjährigen durchschnittlichen Marktzinses beträgt EUR 0,2 Mio.

Der periodische Zinsanteil an den Zuführungen zu den Rückstellungen in Höhe von EUR 13,4 Mio. entfällt sowohl auf die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern als auch auf Pensionen und ist in den Zinsaufwendungen enthalten.

Unter die Rückstellung für ausstehende Rechnungen fallen erwartete Aufwendungen zu einem energiesteuerrechtlichem Festsetzungsverfahren im Zuge der Mineralölauslagerung aus einer Kaverne Dritter sowie sonstige Beratungskosten.

Für die Übernahme der Kavernen in Bremen-Lesum von der wesernetz Bremen GmbH wurden den bestehenden Rückstellungen EUR 5,5 Mio. für erwartete Umrüstungsaufwendungen zugeführt und, insbesondere für die Rückbauarbeiten an den Obertageanlagen der Kaverne L203, TEUR 144 in Anspruch genommen.

Die Personalrückstellungen resultieren aus Urlaubs- und Jubiläumsansprüchen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2.7. Verbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten	Stand 31.03.2023	Aufnahme	Tilgung	Veränderung der Zinsabgrenzung	Stand 31.03.202
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUF
aus Anleihen					
- Inhaberschuldverschreibungen	25.000.000	-	-	-	25.000.00
- Namensschuldverschreibungen	2.096.500.000	-	190.000.000	-	1.906.500.00
•	2.121.500.000		190.000.000	-	1.931.500.00
gegenüber Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Abtretungsgläubigern					
- Schuldscheindarlehen	516.500.000	-	50.000.000	-	466.500.00
Kontokorrentverbindlichkeiten	2.839.329	-	2.839.329	-	
- Zinsabgrenzung	37.974.203	-	-	- 3.130.315	34.843.88
	557.313.532	0	52.839.329	- 3.130.315	501.343.88
Gesamt	2.678.813.532	0	242.839.329	- 3.130.315	2.432.843.88

Von den Finanzverbindlichkeiten entfällt ein Betrag in Höhe von EUR 222,3 Mio. (Vj.: EUR 280,8 Mio.) auf eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, ein Betrag in Höhe von EUR 766,5 Mio. (Vj.: EUR 760,5 Mio.) auf eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und ein Betrag in Höhe von EUR 1.444,0 Mio. (Vj.: EUR 1.637,5 Mio.) auf eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus einer variabel verzinslichen Inhaberschuldverschreibung besteht zum Bilanzstichtag ein derivatives Finanzinstrument (Zinsswap) mit einer Laufzeit bis September 2030:

Zinsswap		Nomina	albetrag		Beizulegender Zeitwert
Restlaufzeit	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Summe	0	0	25.000.000	25.000.000	3.564.167

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von EUR 20,2 Mio. bestehen gegenüber der NWKG und resultieren aus der Abrechnung von Betriebsführungs- und Instandhaltungskosten, die überwiegend auf die Kavernenspeicher entfallen. Darin ist auch die Einlageverpflichtung zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2023/2024 der NWKG in Höhe von EUR 1,7 Mio. enthalten.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 22,3 Mio. ergeben sich aus den zum Bilanzstichtag offenen Tausch- und Wälzungskontrakten in Höhe von EUR 9,1 sowie den Lagerverträgen für den Monat März in Höhe von EUR 13,2 Mio. und haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Den Verbindlichkeiten aus Beiträgen liegen Beitragserstattungsverpflichtungen von EUR 11,2 Mio. aufgrund von Abzugstatbeständen gemäß § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 3 ErdölBevG zugrunde. Diese Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 8,1 Mio. haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und betreffen insbesondere einen Sicherungsbescheid sowie noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuer der Belegschaft.

3. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Die Gewinn-und-Verlust-Rechnung ist gemäß dem Finanzstatut des Erdölbevorratungsverbandes in Anlehnung an das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

3.1. Mitgliedsbeiträge und sonstige Erlöse

Der Ausweis der Mitgliedsbeiträge und sonstigen Erlöse ergibt sich aus der Definition der Umsatzerlöse nach dem BilRUG und den Vorschriften zu § 277 Abs. 1 HGB. Die Gesamtposition setzt sich wie folgt zusammen:

Mitgliedsbeiträge und Nebenerlöse	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
davon Mitgliedsbeiträge	250.146.814	260.434.624
Nebenerlöse	5.879.418	979.019
Gesamt	256.026.232	261.413.643

Die Mitgliedsbeiträge umfassen die im Geschäftsjahr 2023/2024 realisierten Beitragserträge abzüglich der Beitragserstattungen an Mitglieder und an Nichtmitglieder. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich folgendes:

Mitgliedsbeiträge nach Erzeugnissen	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Ottokraftstoff	61.855.741	60.040.948
Dieselkraftstoff	120.740.299	130.024.448
Heizöl Extra Leicht	35.558.466	39.435.811
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	31.992.308	30.933.417
Gesamt	250.146.814	260.434.624

Die Mitgliedsbeiträge wurden nach Maßgabe des ErdölBevG und der Beitragssatzung mit einem für alle Erzeugnisse einheitlichen und unveränderten Satz in Höhe von 3,56 EUR/t erhoben. In den Mitgliedsbeiträgen sind periodenfremde Mitgliedsbeiträge von EUR 7,1 Mio. sowie EUR 10,9 Mio. an periodenfremden Erstattungen an Mitglieder und an Nichtmitglieder enthalten.

Die Nebenerlöse betreffen im Wesentlichen Einnahmen aus dem Verzicht zur Gestellung von Ersatzdelegationen.

3.2. Erträge aus Veräußerungen von Gegenständen des Anlagevermögens

Die Erträge aus Veräußerungen in Höhe von EUR 314,6 Mio. resultieren vor allem aus Bestandsanpassungen an die ab dem 1. Juli 2023 deutlich gesunkene Vorratspflicht. Davon entfallen EUR 147,9 Mio. auf Ottokraftstoff, EUR 74,9 Mio. auf Rohöl, EUR 64,5 Mio. auf Heizöl Extra Leicht, EUR 27,3 Mio. auf Dieselkraftstoff und EUR 0,1 Mio. auf Flugturbinenkraftstoff JET-A1.

3.3. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 68 betreffen die Weiterbelastung von Softwarelizenzgebühren an die NWKG, Erträge aus Währungsdifferenzen und Schadensfällen sowie Zuschreibungen von Gegenständen des Anlagevermögens und aus der Auflösung von Rückstellungen.

3.4. Personalaufwand

Unter dieser Position werden im Wesentlichen die Aufwendungen für die Gehälter der Beschäftigten von EUR 3,0 Mio. und die Sozialabgaben von EUR 2,2 Mio. ausgewiesen, in denen Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von EUR 1,9 Mio. enthalten sind.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden durchschnittlich 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

3.5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen

Von den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von EUR 6,6 Mio. entfallen EUR 5,5 Mio. auf die planmäßige Nutzung des technischen Sachanlagevermögens und EUR 1,1 Mio. auf Gebäude, Grundstückseinrichtungen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung und immaterielle Vermögensgegenstände.

3.6. Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen

Die Aufwendungen sind für Vergütungen in Höhe von EUR 138,1 Mio. aus der monatlichen Abrechnung von Lagerverträgen für die Nutzung von Tanklagern und Kavernen Dritter angefallen.

3.7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von EUR 132,1 Mio. betreffen in Höhe von EUR 84,4 Mio. die Zuführung zu den Rückbaukosten der Kavernenspeicher, in Höhe von EUR 43,7 Mio. die Betriebsführung und Instandhaltung der Kavernenspeicher sowie mit EUR 1,4 Mio. die Kosten für Umschlagaktivitäten und Qualitätskontrollen der Vorräte.

Des Weiteren sind hier Bestandskorrekturen in Höhe von EUR 0,4 Mio., die aufgrund von Mess- und Dichteabweichungen während der Inventur festgestellt wurden, enthalten.

Von dem verbleibenden Betrag von EUR 2,2 Mio. entfallen EUR 2,1 Mio. auf die Verwaltung sowie TEUR 6 auf periodenfremde Aufwendungen, TEUR 103 auf Wertberichtigungen von Forderungen und TEUR 1 auf Fremdwährungsumrechnungen.

Das vom Jahresabschlussprüfer für das Berichtsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 28. Davon entfallen TEUR 24 auf Abschlussprüfungsleistungen, TEUR 2 auf andere Bestätigungsleistungen und TEUR 2 auf sonstige Leistungen.

3.8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Bei den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen in Höhe von EUR 14,4 Mio. handelt es um Zinserträge aus der Anlage von Tages- und Termingeldern in Höhe von EUR 13,3 Mio. und um Erträge aus einem im Jahr 2000 abgeschlossenen derivativen Finanzinstrument (Zinsswap) in Höhe von TEUR 296. Aus der Auflösung von Agien aus Darlehen resultieren TEUR 776. Verzugszinsen fielen in Höhe von TEUR 40 an.

3.9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen mit EUR 1,7 Mio. die aufgrund von Bewertungsunterschieden geleistete Kapitaleinlage zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages der NWKG.

3.10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen Aufwendungen in Höhe von EUR 68,6 Mio. für die zur Finanzierung der Vorräte aufgenommenen Darlehen und Anleihen. Die zinsähnlichen Aufwendungen in Höhe von EUR 13,4 Mio. betreffen Zinseffekte aus der Aufzinsung der Rückstellungen für den Kavernenrückbau und für die betriebliche Altersversorgung.

3.11. Sonstige Steuern

Bei den Aufwendungen handelt es sich insbesondere um Umsatzsteuerzahlungen auf den Eigenverbrauch von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

3.12. Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2023/2024 wird mit einem Ergebnis in Höhe von EUR 219,5 Mio. abgeschlossen, das im Wesentlichen auf die Veräußerung von Vorräten zurückzuführen ist.

3.13. Ergebnisverwendung und Entwicklung der Rücklagen

Aus dem Jahresergebnis werden nicht zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von EUR 97,7 Mio. mit den Veräußerungserträgen in Höhe von EUR 314,6 Mio. verrechnet und EUR 216,9 Mio. der gesetzlichen Rücklage zugeführt.

Der danach verbleibende Ergebnisbeitrag in Höhe von EUR 2,6 Mio. wird in die Ausgleichsrücklage eingestellt.

4. Sonstige Angaben

4.1. Haftungsverhältnisse

Der Betriebsführungsvertrag mit der NWKG sieht vor, dass die NWKG von Haftungsansprüchen Dritter freigestellt wird, soweit diese nicht durch Versicherungen gedeckt sind. Die Haftungsübernahme ist der Höhe nach unbeschränkt. Eine Inanspruchnahme ist unwahrscheinlich, da alle wesentlichen Risiken versichert sind.

Laut Gesellschafterbeschluss vom 26. März 2009 besteht eine Verpflichtung zur Leistung von Einlagen in die NWKG bei Jahresfehlbeträgen, die auf den Unterschieden zwischen handels- und steuerrechtlichen Bewertungen von Rückstellungen beruhen.

4.2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die am Bilanzstichtag vorhandenen Einzellagerverträge bestehen abgezinste sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von EUR 268,7 Mio. mit einer Laufzeit bis zum 31. März 2044.

Aus beauftragten Investitionsmaßnahmen resultieren Zahlungsverpflichtungen nach dem Bilanzstichtag in Höhe von EUR 2,9 Mio.

4.3. Anteilsbesitz

Die Nord-West Kavernengesellschaft mbH ist die Betriebsführungsgesellschaft für die Kavernenspeicher in Wilhelmshaven-Rüstringen, Sottorf, Bremen-Lesum und Heide sowie der Tanklager in Feldkirchen und Gelsenkirchen.

Der Erdölbevorratungsverband ist zu 100 % am Stammkapital der NWKG mit Sitz in Wilhelmshaven-Rüstringen beteiligt.

Die Gesellschaft weist in der Bilanz zum 31. März 2024 ein Eigenkapital von TEUR 26 aus. Der Jahresfehlbetrag von EUR 1,7 Mio. wird durch Inanspruchnahme der um eine periodengleiche Einlage in die Kapitalrücklage gedeckt, so dass das Bilanzergebnis ausgeglichen ist.

4.4. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hatten. Im Lagebericht findet sich eine Darstellung zu Risiken und Prognosen für die zukünftige Entwicklung.

5. Soll-Ist-Vergleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Von den Erträgen in Höhe von EUR 256,0 Mio. entfallen EUR 250,1 Mio. auf Mitgliedsbeiträge abzüglich der Beitragserstattungen und EUR 5,9 Mio. auf sonstige Erlöse. Gegenüber dem Planansatz von EUR 262,2 Mio. sind die Mitgliedsbeiträge um EUR 12,1 Mio. bzw. 4,6 % niedriger und sinken unter das Vorjahresniveau.

Der stärkste Rückgang gegenüber dem Plan ist bei Heizöl Extra Leicht mit 15,5 % zu verzeichnen. Auch die Mitgliedsbeiträge für Ottokraftstoff (- 2,4 %), Dieselkraftstoff (- 3,1 %) und Flugturbinenkraftstoff JET A-1 (- 0,4 %) sanken gegenüber dem Planansatz.

Demgegenüber stiegen die Erlöse aus dem Verzicht zur Gestellung von Ersatzdelegationen auf EUR 5,9 Mio.

Die Erträge aus der Veräußerung von Vorräten betreffen weitgehend Ottokraftstoff, aber auch Rohöl, Heizöl Extra leicht und Dieselkraftstoff. Insgesamt wurden für Ottokraftstoff Erträge in Höhe von EUR 147,9 Mio. erzielt, davon EUR 127,9 Mio. aus Veräußerungen am Standort Blexen. Darüber hinaus wurden Erträge für Rohöl in Höhe von EUR 74,9 Mio. an den Standorten Wilhelmshaven und Karlsruhe realisiert. Heizöl Extra Leicht wurde in Höhe von EUR 64,5 Mio. und Dieselkraftstoff in Höhe von EUR 27,3 Mio. an verschiedenen Standorten veräußert.

Die Personalaufwendungen entsprechen mit EUR 5,2 Mio. dem Planansatz, wobei eine Unterschreitung bei den Gehältern um TEUR 304 durch eine Überschreitung bei den Aufwendungen für die Altersversorgung um TEUR 300 ausgeglichen wird. Im ersten Fall entfielen Vergütungen aufgrund von Freistellungen nach dem Bundeselterngeld- und Elternteilzeitgesetz, die in der Planung enthalten waren, und aufgrund der Nichtbesetzung zweier im Stellenplan ausgewiesener Stellen. Im zweiten Fall wurde der gegenüber der Planung auftretende Effekt erhöhter Parameter für die Gehalts- und Rentendynamik durch den entlastenden Effekt aufgrund der Rechnungszinsanpassung kompensiert.

Die Höhe der Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen liegt über dem Planniveau aufgrund der erhöhten Abschreibungen für Grundstückseinbauten und Gebäude, insbesondere für Einhausungen von Kavernenköpfen, Zaun- und Toranlagen sowie Investitionen für die Zufahrtsstraße und Parkplätze am neuen Verwaltungsgebäude in Wilhelmshaven-Rüstringen.

Die Lagerhalter- und Delegationsvergütungen sind um EUR 11,9 Mio. niedriger als der Planansatz. Es wurden etwa 200 Tsd. cbm weniger Tankraumvolumen kontrahiert als geplant. Davon entfiel etwa die Hälfte auf Rohöltanks aufgrund des Rohölverkaufs am Standort Wilhelmshaven. Zudem wurde Neubautankraum für Ottokraftstoff in Wesel und Hünxe nicht wie geplant genutzt. Darüber hinaus wurden als Reserve eingeplante Vergütungen für Tankraum nicht in Anspruch genommen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Planvergleich Mehraufwendungen in Höhe von EUR 73,7 Mio. zu verzeichnen. Diese resultieren aus höheren zu erwartenden Rückbaukosten bei der Kavernenstilllegung sowie aus geringeren Aufwendungen für die Betriebsführung und Instandhaltung der NWKG sowie Umschlag und Logistik.

Die Zuführung zu den Rückstellungen für die Kavernenstilllegung basiert auf der Rückbaukostenstudie aus dem Jahr 2021. Basierend auf diesem Gutachten und unter Berücksichtigung der für die Bauwirtschaft für einen historischen Zeitraum von 20 Jahren ermittelten und gegenüber der Planung um 0,65 Prozentpunkte gestiegenen durchschnittlichen Preisindex von 3,65 % p. a. fällt der Erfüllungsbetrag gegenüber der Planung um EUR 84,4 Mio. höher aus.

Während bei der Planung für den Umschlag und die Logistik der Vorräte Aufwendungen für physische Warenbewegungen für die aus der Tankraumausschreibung auslaufenden Lagerverträge erfasst wurden, konnte die Lagerung an einzelnen Standorten durch Umschreibung in Nachfolgeverträge fortgesetzt werden. Insoweit sind Kosten nicht in voller Höhe angefallen. Zudem sind die geplanten Aufwendungen für die Kavernenentleerung in Sottorf in diesem Geschäftsjahr nicht angefallen.

Der deutliche Ertragsanstieg bei den Zinsen resultiert aus einer günstigeren Zinsentwicklung sowie aus einem höheren Volumen der Termin- und Tagesgeldanlagen und umfasst zudem die Zinszahlungen aus dem derivativen Finanzierungsinstrument (Zinsswap).

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen sind infolge eines gestiegenen Jahresfehlbetragsausgleiches für die NWKG um EUR 1,1 Mio. höher ausgefallen.

Die Zinsaufwendungen fallen gegenüber dem Plan um TEUR 175 geringer aus. Bei den Zinsaufwendungen führten in der Planung – auch im Fall der Tilgung – aufwandseitig abgegrenzte volle Zinsmonate und ein Zinsaufwand, der aufgrund der nicht erfolgten Aufnahme von zusätzlichen Anleihen bzw. Krediten tatsächlich nicht angefallen ist, zu niedrigeren Zinsaufwendungen. Demgegenüber stiegen die zinsähnlichen Aufwendungen, bedingt durch den am Stichtag erhöhten Rechnungszins, leicht an.

Zusammenfassend führen die höheren Veräußerungserträge zu einem gegenüber der Planung deutlich positiven Ergebnis. Die höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden nur teilweise kompensiert durch geringere Aufwendungen bei den Lagervergütungen und erhöhte Zinserträge im Planvergleich.

6. Finanzplan und Kapitalflussrechnung

Der operative Cashflow in Höhe von EUR 142,7 Mio. ergibt sich nach der Bereinigung des Jahresergebnisses von EUR 219,5 Mio. um die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge der Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 99,3 Mio. Hierbei handelt es sich zunächst um die Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen in Höhe von EUR 8,2 Mio. sowie um die Veränderungen der Rückstellungen und die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge in Höhe von EUR 91,1 Mio.

Hinzu kommen die Veränderung des Nettoumlaufvermögens in Höhe von EUR 70,5 Mio., Fremdkapitalzinsen von EUR 67,5 Mio. sowie die Bereinigung der aus der Veräußerung von Vorräten resultierenden Erträge abzüglich der Mess- und Dichteabweichungen im Anschluss an die Inventur in Höhe von per Saldo EUR 314,3 Mio.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt EUR 411,2 Mio. Dieser umfasst Ausgaben in Höhe von EUR 15,9 Mio., die im Rahmen der Investitionstätigkeit für das Sachanlagevermögen getätigt wurden. Am Standort in Wilhelmshaven-Rüstringen wurden an vier Kavernen Investitionen für Ringraumkomplettierungen, Druckstufentrennungen und neue Kavernenköpfe sowie Einhausungen für Kavernenköpfe und Zaun- und Toranlagen vorgenommen. Am Standort in Heide wurde die Ringraumkomplettierung einer Kaverne begonnen.

Aufgrund der hohen Liquidität wurden Auszahlungen für Geldanlagen mit einer Restlaufzeit am Stichtag von mehr als 3 Monaten in Höhe von EUR 240 Mio. bei der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH vorgenommen.

Aus den Vertragsabschlüssen der Tankraumausschreibung des Jahres 2022 resultieren Auszahlungen in Höhe von EUR 16,0 Mio.

Auszahlungen	Ist 2023/2024	Plan 2023/2024	
	EUR	EUR	
Ottokraftstoff	3.385.169	45.203.000	
Dieselkraftstoff	11.878.757	15.268.000	
Heizöl Extra Leicht	40.774	0	
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	650.700	763.000	
Gesamt	15.955.400	61.234.000	

Die Fertigstellung des Neubautankraums in Hünxe und Wesel verzögerte sich gegenüber der Planung, so dass der Einkauf und die Befüllung der Tanklager mit Ottokraftstoff teilweise in das neue Geschäftsjahr verschoben wurde.

Dem standen Einzahlungen in Höhe von insgesamt EUR 668,9 Mio. aus dem Verkauf von Vorräten gegenüber.

Einzahlungen	Ist 2023/2024 EUR	Plan 2023/2024 EUR
Ottokraftstoff	222.413.420	7.082.000
Dieselkraftstoff	38.393.396	40.549.000
Heizöl Extra Leicht	67.874.174	34.970.000
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	192.108	5.495.000
Rohöl	340.057.698	295.384.000
Gesamt	668.930.796	383.480.000

Die gegenüber der Planung um EUR 285,5 Mio. höheren Einzahlungen resultieren insbesondere aus dem Verkauf von Ottokraftstoff aus der Kaverne in Blexen am Standort in Etzel und dem Verkauf von Rohöl am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen.

Aus der Anlage von Tages- und Termingeldern sowie aus dem Zinsswap resultieren Zinseinnahmen in Höhe von EUR 14,1 Mio.

Im Geschäftsjahr 2023/2024 wurden Kapitalmarktverbindlichkeiten in Höhe von EUR 240,0 Mio. getilgt und Zinszahlungen in Höhe von EUR 72,2 Mio. geleistet. Es wurden keine neuen Kredite aufgenommen. Insgesamt resultiert daraus ein negativer Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von EUR 312,2 Mio.

Der Finanzmittelfonds, also der Bestand an Zahlungsmitteln, Zahlungsmitteläquivalenten und jederzeit fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, setzt sich wie folgt zusammen:

Überleitung des Finanzmittelfonds	31.03.2024 EUR	31.03.2023 EUR
Zahlungsmittel gemäß Bilanz	554.675.158	75.848.320
Geldanlagen mit einer Fälligkeit > 3 Monaten	-240.000.000	
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und andere kurzfristige Kreditaufnahmen		
Kontokorrentbestand	0	-2.839.329
Zwischensumme	-240.000.000	-2.839.329
Finanzmittelfonds gemäß Kapitalflussrechnung	314.675.158	73.008.991

Der Finanzmittelfonds stieg im Berichtsjahr um EUR 241,7 Mio. Die Bankguthaben in Form von Sichteinlagen in Höhe von EUR 554,7 Mio. wurden im Wesentlichen bei der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH angelegt.

7. Organe und Ausschüsse

7.1. Beirat

Gewählt

Volker Ebeling (Vorsitzender)

Senior Vice President New Energy, Supply & Infrastructure der Mabanaft GmbH & Co. KG, Hamburg

Patrick Wendeler (stellvertretender Vorsitzender; bis 30. November 2023)

Vorsitzender des Vorstandes der BP Europa SE, Bochum

Niels Anspach (stellvertretender Vorsitzender; ab 30. November 2023)

Prokurist und Vice President Biofuels Value Chain der BP Europa SE, Bochum

Christian Howe (Stellvertreter, bis 30. November 2023)

Direktor Handels- und Verbrauchergeschäft der TotalEnergies Marketing Deutschland GmbH, Berlin

Frank-Michael Biel (Stellvertreter, ab 30. November 2023)

Direktor Supply & Logistik der TotalEnergies Marketing Deutschland GmbH, Berlin

Duraid El Obeid (Stellvertreter)

Vorsitzender der Geschäftsführung der BMV Energy GmbH, Berlin

Sonja Wiechert

Mitglied der Geschäftsführung und GM Commercial Fuels DACH – T&S Products der Shell Deutschland GmbH, Hamburg

Dr. Stefan Hölbfer (Stellvertreter)

Geschäftsführer der OMV Deutschland GmbH, Burghausen

Dr. Annette Flormann-Pfaff

Mitglied der Geschäftsführung und General Counsel Central Europe der ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, Hamburg

Carsten Eggert (Stellvertreter; bis 30. Juni 2023)

Manager Supply, Transportation and Wholesale der JET Tankstellen Deutschland GmbH, Hamburg

Irja Anna Lorenz (Stellvertreter, ab 30. November 2023)

Manager Supply, Transportation, Wholesale and Refining CBU der Phillips 66 Continental Holding GmbH, Hamburg

Michael Liekens

Geschäftsführer der Varo Energy Tankstorage GmbH, Duisburg

Ian Petri (Stellvertreter)

Geschäftsführer der DS-Mineralöl GmbH, Bremen

Christiane Roth

Geschäftsführerin der Adolf Roth GmbH & Co. KG, Gießen

Marc Deisenhofer (Stellvertreter)

Geschäftsführer der Adolf Präg GmbH & Co. KG, Kempten

Entsandt

- vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Ursula Borak (ab 26. Juni 2023)

Ministerialdirigentin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin

Frank Bonaldo Fuolega (Stellvertreter)

Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin

- vom Bundesministerium der Finanzen

Thomas Köhler

Ministerialdirigent im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Dr. Susanne Neheider (Stellvertreterin)

Regierungsdirektorin im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

- vom Bundesrat

Heike Albrecht

Regierungsrätin im Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Dresden

Gregor Gimpl (Stellvertreter)

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg, Potsdam

7.2. Ausschüsse

Bevorratungsausschuss

Lars Bergmann (Vorsitzender)

Holborn Europa Raffinerie GmbH, Hamburg

Kevin Balke (stellvertretender Vorsitzender)

Ambrian Energy GmbH, Bremen

Markus Abel

Gunvor Deutschland GmbH, Ingolstadt

Philip Altong

Shell Deutschland GmbH, Hamburg

Babette Kindt

BP Europa SE, Bochum

Christoph Lutter (ab 15. September 2023)

Mabanaft Deutschland GmbH & Co. KG, Hamburg

Jan Stephan

Rosneft Deutschland GmbH, Berlin

Anke Tannhäuser (bis 19. Juni 2023)

Mabanaft Deutschland GmbH & Co. KG, Hamburg

Martin von Leesen

VARO Energy Germany GmbH, Hamburg

Wirtschaftsausschuss

Norbert Mikulla (Vorsitzender)

DS-Mineralöl GmbH, Bremen

Sabine Börner (stellvertretende Vorsitzende)

TotalEnergies Marketing Deutschland GmbH, Berlin

Florian Benda (bis 15. September 2023)

Mabanaft GmbH & Co. KG, Hamburg

Meike Friedrich (bis 15. September 2023)

Enilive Deutschland GmbH, München

Dr. Matthias Gantenbrink

BP Europa SE, Bochum

Ronny Hauck

ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, Hannover

Robert Hedwig

Shell Deutschland GmbH, Hamburg

Mirjam Jörss (ab 15. September 2023)

Mabanaft GmbH & Co. KG, Hamburg

Elmar Kühn

UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e. V., Berlin

Max-Albrecht Schindler (ab 15. September 2023)

Enilive Deutschland GmbH, München

7.3. Vorstand

Britta Timm, Hamburg

Dr. Dirk Sommer, Hamburg

Finanzplan und Kapitalflussrechnung

		Plan	Ist	Abweichung
		TEUR	TEUR	TEUR
1.	Jahresergebnis	- 15.821	219.510	235.331
2.	Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	7.024	8.246	1.222
3.	Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen sowie sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	7.679	91.075	83.396
4.	Zunahme (-) / Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investi- tions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	48.645	317.973	269.328
5.	Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Liefe- rungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 87.648	- 247.423	- 159.775
6.	Gewinn (-) / Verlust (+) aus der Veräußerung und dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 18.002	- 314.253	- 296.251
7.	Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	78.338	67.554	- 10.784
8.	Cashflow aus laufender Verbandstätigkeit	20.215	142.682	122.467
9.	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 24.313	- 15.934	8.380
10.	Auszahlungen in Geldanlagen, Restlaufzeit > 3 Monate	0	- 240.000	-240.000
11.	Auszahlungen für Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen	- 61.234	- 15.955	45.279
12.	Einzahlungen aus Abgängen von Vorräten an Erdöl und Erdölerzeugnissen	383.480	668.931	285.451
13.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2	8	6
14.	Erhaltene Zinsen	3.010	14.129	11.119
15.	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	300.945	411.180	110.235
16.	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	100.000	0	- 100.000
17.	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	- 240.000	-240.000	0
18.	Gezahlte Zinsen	- 72.280	- 72.196	84
19.	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 212.280	- 312.196	- 99.916
20.	Finanzmittelfonds 01.04.	76.277	73.009	- 3.268
21.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	108.880	241.666	132.786
22.	Finanzmittelfonds 31.03.	185.157	314.675	129.518

Anlagenspiegel

zum 31. März 2024

		Anschaffungs-/Herstellungskosten				
		Stand 01.04.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen U Saldo aus Tausch- u Wälzungskontrakten S	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
ı.	Immaterielle Vermögensgegenstände					
	Software	486	-	-	0	
II.	Sachanlagen					
	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	21.978	423	18	3.182	1
	Technische Anlagen und	21.970	423	10	3.102	
	Maschinen	127.048	657	47	10.986	Į
	 Betriebs- und Geschäfts- ausstattung 	1.649	5	32	23	ι
	Geleistete Anzahlungen und		_			
	Anlagen im Bau	17.193	14.848		-14.191	Į
		167.868	15.933	97	0	Į
II.	Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen					
	Ottokraftstoff	460.353	2.842	76.882	- 1.826	,
	2. Dieselkraftstoff	927.724	20.242	10.260	- 8 678	;
	3. Heizöl Extra Leicht	317.972	5.770	21.146	- 3.386	;
	Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis	339.943		3.547	- 8	
	5. Erdöl	2.167.765	-	3.54 <i>1</i> 19.100	-0	
	J. Liudi	4.213.757	28.853	130.934	-13.899	
IV.	Finanzanlagen Anteile an verbundenen					
	Unternehmen	19.000	1.671			
		4.401.111	46.481	131.031	- 13.899	

	Abschreibungen			Abschreibungen Buchwerte		
Stand 31.03.2024	Stand 01.04.2023	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2024	Stand 31.03.2024	Stand 31.03.2023
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
486	359	50		409	77	127
486	359	50	-	409	77	127
25.565	6.028	870	13	6.885	18.680	15.950
138.644	26.228	5.500	45	31.683	106.961	100.820
1.645	1.175	155	26	1.304	341	474
17.850	790	-	-	790	17.060	16.403
183.704	34.221	6.525	84	40.662	143.042	133.647
384.487	_	_	-	_	384.487	460.353
929.028	-	-	-	-	929.028	927.724
299.210	-	-	-	-	299.210	317.972
336.388	-	-	-	-	336.388	339.943
2.148.665	-	-	-	-	2.148.665	2.167.765
4.097.778					4.097.778	4.213.757
20.671	18.972	1.671	_	20.643	28	28
4.302.639	53.552	8.246	84	61.714	4.240.925	4.347.559

Abkürzungsverzeichnis

Abs. Absatz

ACOMES Annual Coordination Meeting of Entity Stockholders

BilRUG Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz

BMWK Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

cbm Kubikmeter

COE Crude Oil Equivalent

DGMK Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für nachhaltige Energieträger,

Mobilität und Kohlenstoffkreisläufe e. V., Hamburg

DIN Deutsche Industrienorm

DRS Deutscher Rechnungslegungs Standard

DRSC Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V., Berlin

ELABCO Expert Laboratory Coordination

ErdölBevG Gesetz über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen

(Erdölbevorratungsgesetz)

EUR Euro

e. V. eingetragener Verein ggf. gegebenenfalls

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

HGB Handelsgesetzbuch

ICPG International Crude Project Group

IDW Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf

IEA Internationale Energieagentur
IT Informationstechnologie

KG Kommanditgesellschaft

Mio. Millionen

mbH mit beschränkter Haftung

NWKG Nord-West Kavernengesellschaft mbH, Wilhelmshaven

p. a. per annum

SE Societas Europaea

t Tonne

TEUR Tausend Euro

Tsd. Tausend

u. a. unter anderem

Vj. Vorjahr



ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts Jungfernstieg 38 20354 Hamburg

Telefon: +49 (0)40 35 00 12 - 0
Telefax: +49 (0)40 35 00 12 - 149
E-Mail: info@ebv-oil.org
Internet: www.ebv-oil.org

